

Beck/Depré/Ampferl
Praxis der Sanierung und Insolvenz

Praxis der Sanierung und Insolvenz

Ein Handbuch für die Beteiligten und ihre Berater

Herausgegeben von

Prof. Dr. Siegfried Beck

Fachanwalt für Insolvenz- und Sanierungsrecht

Fachanwalt für Steuerrecht

Nürnberg

Peter Depré

Fachanwalt für Insolvenz- und Sanierungsrecht

Fachanwalt für Bank- und Kapitalmarktrecht

Wirtschaftsmediator (cvm)

Mannheim

Dr. Hubert Ampferl

Insolvenzverwalter/Sachverwalter

Fachanwalt für Insolvenz- und Sanierungsrecht

Dipl.-Betriebswirt (FH)

Nürnberg und München

4. Auflage

Verlag Franz Vahlen München 2023

Zitiervorschlag: Beck/Depré/Ampferl Insolvenz/Bearbeiter § 1 Rn. 1

www.vahlen.de

ISBN 978-3-8006-6673-7

© 2023 Verlag Franz Vahlen GmbH

Wilhelmstraße 9, 80801 München

Satz, Druck, Bindung und Umschlagsatz: Druckerei C. H. Beck, Nördlingen
(Adresse wie Verlag)



vahlen.de/nachhaltig

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

Vorwort zur 4. Auflage

Die sich kontinuierlich ändernden wirtschaftlichen Rahmenbedingungen der Unternehmen und der Lebenswirklichkeiten des Einzelnen¹ machen es notwendig, dass sich auch das Insolvenz- und Sanierungsrecht als Recht der Unternehmenskrise und der ökonomischen Krise der natürlichen Personen immer wieder aufs Neue diesen tatsächlichen Gegebenheiten stellt und umsetzbare Lösungen für die Volkswirtschaft und die Gesellschaft entwickelt. Das Schlagwort vom Insolvenzrecht als „Dauerbaustelle“ ist wohlfeil, hat aber vor dem vorstehend umrissenen Hintergrund eine gewisse Berechtigung.

Dabei ist die ökonomische Krise von Unternehmen und natürlichen Personen kein rechtlicher, sondern ein wirtschaftlicher Sachverhalt, der in unserer und in den vergleichbaren Volkswirtschaften anderer europäischer Staaten mit den Instrumenten der (sozialen) Marktwirtschaft aufzulösen ist. Die (relative) Vermögensinsuffizienz des Schuldners, seine aus Rechtsgeschäft und außervertraglichem Rechtsverhältnis resultierenden Verpflichtungen (vollständig) zu erfüllen, führt dazu, dass Regelwerke entwickelt werden müssen, um die divergierenden Interessen von Schuldner und Gläubigern rechtsstaatlich und sozialstaatlich auszutarieren. Insolvenz- und Sanierungsrecht lösen die zahlreichen (potentiellen) Konflikte der Beteiligten, es handelt sich als Folge der vielfältigen Verflechtungen der Protagonisten des Insolvenz- bzw. Sanierungsgeschehens um ein Querschnittsgebiet mit engen Verbindungen etwa zum Gesellschaftsrecht, Arbeitsrecht, Steuerrecht, Kreditrecht, Bankrecht, Verwaltungsrecht (Umweltrecht, Gewerberecht), zum Unionsrecht und zum internationalen Privat- und Verfahrensrecht. Initialzündungen der Änderungen der tangierten Regelwerke gehen von Bedürfnissen der Praxis aus, von politischen Zielen auf europäischer Ebene (z.B. die Vollendung der Kapitalmarktunion), im nationalen Kontext oder bei Gemengelagen (Erleichterung der Restschuldbefreiung).

Der inländische und der europäische Gesetzgeber und eine ausdifferenzierte Rechtsprechung seit dem Erscheinen der letzten Auflage (2016) haben Grund und Anlass gegeben, das vorliegende Handbuch grundlegend zu überarbeiten.

Aus der Gesetzgebung ist auf der Zeitachse zunächst auf das „Gesetz zur Verbesserung der Rechtssicherheit bei Anfechtungen nach der Insolvenzordnung und nach dem Anfechtungsgesetz“ hinzuweisen (in Kraft ab 5.4.2017), sodann auf das „Gesetz zur Erleichterung der Bewältigung von Konzerninsolvenzen“ (2017, in Kraft ab 21.4.2018).

Die COVID-19-Pandemie hat seit Anfang 2020 insbesondere durch das „COVID-19-Insolvenzaussetzungsgesetz“ (COVInsAG) Einfluss auf das Insolvenzgeschehen genommen, wohl eine Vielzahl von Insolvenzen verhindert. Da diese Sondergesetzgebung zeitlich gestaffelt ausgelaufen ist (s. § 1 COVInsAG zur Zeitdauer der Aussetzung der Insolvenzantragspflicht), wurde dieses Gesetz nicht in das Handbuch aufgenommen. Hier sei für darunter fallende „Altfälle“ auf die Spezialliteratur verwiesen.

¹ Das vorliegende Handbuch verwendet aus Gründen der erleichterten Lesbarkeit durchgehend das generische Maskulinum.

Die letzte große gesetzliche Änderung birgt jedoch das Gesetz zur Fortentwicklung des Sanierungs- und Insolvenzrechts (SanInsFoG), das überwiegend zum 1.1.2021 in Kraft getreten ist. Drei Vorhaben hat der Gesetzgeber dort zeitgleich umgesetzt. So bedurfte es zunächst aufgrund der COVID-19-Pandemie weiterer Anpassungen. Des Weiteren waren noch die Erkenntnisse und Ergebnisse aus der Evaluation zum ESUG (2011/2012) umzusetzen. Insbesondere für den Zugang zum Eigenverwaltungsverfahren bedurfte es der Nachjustierung sowie der Regelung bislang ungeklärter Rechtsfragen, wie beispielsweise nach der Haftung des Geschäftsführers juristischer Personen und kapitalistisch strukturierter Personengesellschaften als Eigenverwalter (§ 276a Abs. 2 u. 3 InsO iVm den §§ 60–62 InsO).

Im Zentrum steht dabei das „Gesetz über den Stabilisierungs- und Restrukturierungsrahmen für Unternehmen“ (StaRUG) vom 22.12.2020 (in Kraft ab 1.1.2021). Auslöser dieser Entwicklung bildete die vom EU-Gesetzgeber am 20.6.2019 verabschiedete „Richtlinie“ 2019/1023/EU [...] über Restrukturierung und Insolvenz“, die alle EU-Mitgliedstaaten ua verpflichtet, einen vorinsolvenzlichen präventiven Restrukturierungsrahmen zur Abwendung einer wahrscheinlichen Insolvenz zu schaffen. Aus diesem Grund war es naheliegend und sinnvoll, der bisherigen Gliederung ein neues Eingangskapitel, welches dem StaRUG gewidmet ist, voran zu stellen. Dessen Bearbeitung hat Herr Rechtsanwalt Dr. Frank Giroto übernommen.

Die Richtlinie 2019/1023/EU hat jedoch zu einem weiteren Umsetzungsgesetz geführt, dem „Gesetz zur weiteren Verkürzung des Restschuldbefreiungsverfahrens [...]“ (22.12.2020), das auch die „Verordnung zur Verlängerung von Maßnahmen im Gesellschafts-, Genossenschafts-, Vereins- und Stiftungsrecht zur Bekämpfung der Auswirkungen der COVID-19-Pandemie“ änderte. Im Fokus des Gesetzes steht die Kürzung der sog. „Abtretungsfrist“ des Restschuldbefreiungsverfahrens natürlicher Personen auf drei Jahre (§ 287 Abs. 2 S. 1 InsO). Das ist die für Einzelunternehmer und Freiberufler „zweite Chance“ nach der RL 2019/1023/EU, wobei schon aus verfassungsrechtlichen Gründen in Deutschland deren Empfehlung umgesetzt werden musste, auch für Verbraucher die verkürzte „Wohlverhaltensperiode“ (heute: Abtretungsfrist) von drei Jahren einzuführen und auch bestimmte insolvenzbedingte Berufsausübungsverbote entsprechend zu verkürzen (vgl. § 301 Abs. 4 S. 1 InsO).

Große Bedeutung für das Insolvenz- bzw. Sanierungsgeschehen hat ein weiteres, 2015 neu kodifiziertes Regelwerk des Unionsrechts, die Europäische Insolvenzverordnung (EuInsVO, Verordnung 2015/848/EU v. 20.5.2015, anzuwenden ab dem 26.6.2017), die ua entscheidend für die grenzüberschreitende Anerkennung und Durchsetzung von mitgliedstaatlichen Insolvenz- und vergleichbaren Verfahren nach dem Anhang A der Verordnung ist, damit auch für die öffentlichen Verfahren nach dem StaRUG (§§ 84 ff., ab 17.7.2022). Zugleich haben sich EuInsVO und das „Konzerninsolvenzrecht“ der Insolvenzordnung (§§ 269a ff. InsO) gegenseitig befruchtet.

Aktuelle Projekte des Unionsrechts lassen uns auch einen Blick auf künftige, ja kurzfristige Entwicklungen des im Handbuch behandelten Themenkreises werfen; die EU-Kommission verfolgt die weitere Vollendung der Kapitalmarktunion und in diesem Kontext eine weitere Verzahnung der Insolvenzrechtsregelwerke der Mitgliedstaaten durch Harmonisierung (ua Dokument COM (2021) final v.

25.11.2021). Eine Initiative soll im 3. Quartal 2022 vorgelegt werden. Wir werden die Entwicklung verfolgen.

Das vorliegende Handbuch beleuchtet auch die Rolle des Insolvenzgerichtes im Antragsverfahren und im eröffneten Verfahren.

Es wendet sich somit unverändert an „die Beteiligten und ihre Berater“, also an alle Nutzer, die sich das weit aufgefächerte Feld von Insolvenz und Sanierung mit ihren Erscheinungsformen von der Verbraucherinsolvenz bis zur Sanierung in Eigenverwaltung erschließen wollen. Adressaten sind daher nicht nur Insolvenzverwalter, Sachwalter, Treuhänder, Restrukturierungsbeauftragte, Sanierungsmoderatoren und ihre Kolleginnen und Kollegen, sondern auch die Richter und Rechtspfleger, die Berater der Unternehmen als Schuldner oder Gläubiger aus den rechtsberatenden, steuerberatenden und wirtschaftsprüfenden Berufen und Mitarbeiter der Unternehmen, insbesondere in Rechts- und Compliance-Abteilungen.

Die Herausgeber sind erfreut, dass nahezu alle Autoren wieder die Überarbeitung ihrer Beiträge übernommen und damit einen wichtigen Beitrag zur Kontinuität des Handbuchs geleistet haben. Verabschiedet hat sich Herr Rechtsanwalt Dr. Andreas Ringstmeier. Für seine langjährige Mitarbeit sei ihm an dieser Stelle besonders herzlich gedankt. Seine Beiträge übernimmt ab dieser Auflage Herr Rechtsanwalt Dr. Renald Metoja.

Die bisherigen Herausgeber schätzen sich glücklich, mit Herrn Rechtsanwalt Dr. Hubert Ampferl einen aufgrund seiner vielfachen Bestellungen als Insolvenzverwalter ausgewiesenen Praktiker und profunden Kenner des Insolvenzrechts nicht allein wie bisher als Autor, sondern auch als weiteren Mitherausgeber für das Handbuch gewonnen zu haben. Damit ist zugleich die fließende Überleitung an eine jüngere Generation von Herausgebern schon vorbereitet.

Unser besonderer Dank gilt an dieser Stelle Herrn Rechtsanwalt Dr. Friedrich L. Cranshaw, der das Lektorat der einzelnen Beiträge mit bewundernswertem Engagement und Ausdauer übernommen hat. Zugleich zeichnet er für die Überarbeitung des Kapitels über die Konzern- und Gruppeninsolvenz verantwortlich.

Zu danken ist ferner dem Verlag Franz Vahlen, dort vornehmlich Frau Christina Wolfer und Frau Stefanie Menzel, die auch diese Neuauflage mit der gewohnten Professionalität sowie der oftmals nötigen Geduld begleitet haben. Sie standen uns bei Fragen stets mit Rat und Tat zur Seite.

Wir hoffen mit dieser Neuauflage (Stand August 2022 zum Teil darüber hinaus), wieder ein für die Praxis nützliches und hoffentlich vielfach zu Rate gezogenes Handbuch vorgelegt zu haben. Für Anregungen und Kritik sind wir weiterhin dankbar.

Nürnberg und Mannheim, im Winter 2022

Prof. Dr. Siegfried Beck
(Universität Erlangen-
Nürnberg)
Fachanwalt für Insolvenz-
und Sanierungsrecht
Fachanwalt für
Steuerrecht

Peter Depré
Fachanwalt für Insolvenz-
und Sanierungsrecht
Fachanwalt für Bank-
und Kapitalmarktrecht
Wirtschaftsmediator
CVM

Dr. Hubert Ampferl
Fachanwalt für Insolvenz-
und Sanierungsrecht
Dipl. Betriebswirt (FH)

Vorwort zur 3. Auflage

Omnia mutantur – alles ändert sich – diese Worte Ovids scheinen auch in unseren Zeiten für das Insolvenzrecht im Besonderen zu gelten. Glaubte man nach der zweiten Auflage noch, das Insolvenzrecht sehe – ein Jahrzehnt nach seiner Einführung – nun ruhigeren Zeiten entgegen, muss man seitdem mit Erstaunen feststellen, mit welchem Reformeifer der Gesetzgeber im Begriff ist, das deutsche Insolvenzrecht durch seinen sog. Drei-Stufen-Plan tiefgreifenden Änderungen zu unterwerfen.

Bereits seit 1.3.2012 ist die erste Stufe, das Gesetz zur weiteren Erleichterung der Sanierung von Unternehmen (ESUG), in Kraft. Mit Recht wird man behaupten dürfen, dass die dort vorgenommenen Neuregelungen wie Insolvenzplan, Debt-Equity-Swap, Schutzschirmverfahren oder auch die Neuerungen zur Verwalterauswahl nicht nur die Insolvenzpraxis, sondern auch die deutsche Insolvenzlandschaft insgesamt nachhaltig beeinflusst haben. Ob allerdings die erwünschte Sanierungsakzeptanz gestiegen ist und damit bessere Ergebnisse für die Gläubiger bereits eingetreten sind, muss die bevorstehende Evaluierung zeigen.

Auf der zweiten Stufe legte der Gesetzgeber mit dem Gesetz zur Verkürzung des Restschuldbefreiungsverfahrens und zur Stärkung der Gläubigerrechte seinen Fokus auf den Bereich der Privatinsolvenz. Neben der Möglichkeit, die Restschuldbefreiung unter bestimmten Voraussetzungen bereits nach drei Jahren zu erlangen, steht nun seit 1.7.2014 auch natürlichen Personen die Durchführung eines Insolvenzplanverfahrens offen. Hinzu kommen Verfahrenserleichterungen für die Gläubiger.

Weitere Veränderungen sind durch die dritte Reformstufe, der Einführung des Konzerninsolvenzrechts, sowie die Änderung des Insolvenzanfechtungsrechts zu erwarten. Beide Reformbestrebungen befinden sich derzeit noch im Gesetzgebungsstadium. Mit einer Verabschiedung in dieser Legislaturperiode ist aus heutiger Sicht nicht mehr zu rechnen. Dennoch ist – neben dem aktuellen Anfechtungsrecht – auch der Diskussionsstand zu diesen Gesetzesvorhaben eingearbeitet.

Aber nicht nur auf nationaler, sondern auch auf europäischer Ebene stehen Neuerungen an. So wird die Neufassung der EuInsVO (Verordnung EU 2015/848) am 26.6.2017 allgemein unmittelbar geltendes Recht in Deutschland werden. Das Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz hat am 27.7.2016 bereits einen Reformentwurf zur Einpassung der neuen EuInsVO in das deutsche Recht vorgelegt. Die Überlegungen der Europäischen Kommission zielen auch darauf ab, den Unternehmen eine Krisenbewältigung „vor der Insolvenz“ zu ermöglichen, um die Sanierungschancen zu erhöhen und dem Unternehmen eine realistische Möglichkeit der Nutzung der sogenannten „zweiten Chance“ zu geben.

Neben Gesetzesänderungen sowie den anstehenden Reformen hat aber auch die seit der 2. Auflage erschienene Fülle an neuerer Literatur und Rechtsprechung eine grundlegende Revision des vorliegenden Handbuchs dringend er-

forderlich gemacht. Das Werk gibt nun den Bearbeitungs- und Gesetzgebungsstand Oktober 2016 wider.

Auch in der Autorenschaft haben sich Änderungen ergeben: Die Herausgeber danken den ausgeschiedenen Autoren für ihr langjähriges Engagement. Neu hinzugekommenen Autoren sei für ihre Bereitschaft gedankt, die künftige Bearbeitung auf sich zu nehmen, verbunden mit dem Wunsch, dass das vorliegende Werk und damit die Leserschaft von deren Praxiserfahrungen reichlich profitieren möge.

Ein besonderer Dank gilt auch Frau Rechtsanwältin Dr. Claudia R. Cymutta, welche das Werk als kompetente Koordinatorin betreut hat. Auch danken wir dem Verlag und dort Frau Astrid Stanke, welche professionell und geduldig die dritte Auflage begleitet hat. Die Herausgeber wünschen sich, dass auch diese dritte Auflage wiederum großen Anklang in Praxis und Wissenschaft findet und der Benutzer in seiner täglichen Praxis wertvolle Unterstützung erfährt.

Nürnberg/Mannheim, im Oktober 2016

Prof. Dr. Siegfried Beck

- Fachanwalt für Insolvenzrecht –
- Fachanwalt für Steuerrecht –

Peter Depré

- Fachanwalt für Insolvenzrecht –
- Fachanwalt für Bank- und Kapitalmarktrecht –
- Wirtschaftsmediator (cvm) –

Bearbeiterverzeichnis

Dr. Hubert Ampferl

Fachanwalt für Insolvenz- und Sanierungsrecht, Dipl.-Betriebswirt (FH),
Nürnberg und München
§ 2

Alexander Ballmann

Rechtsanwalt, München
§§ 43, 44

Prof. Dr. Siegfried Beck

Fachanwalt für Insolvenz- und Sanierungsrecht, Fachanwalt für Steuerrecht,
Nürnberg
§§ 5, 6

Prof. Dr. Hans-Dieter Braun

Hochschule der Bundesagentur für Arbeit (HdBA), Mannheim/Schwerin
§ 29

Dr. Friedrich L. Cranshaw

Rechtsanwalt, Mutterstadt und Mannheim
§ 32

Peter Depré

Fachanwalt für Insolvenz- und Sanierungsrecht, Fachanwalt für Bank- und
Kapitalmarktrecht, Wirtschaftsmediator (cvm), Mannheim
§§ 27, 34–36, 45, 46

Thomas Dobler

Dipl. Wirtschafts-Ing., Steuerberater, Bretten
§§ 34, 35, 43

Joachim Exner

Fachanwalt für Insolvenz- und Sanierungsrecht, Nürnberg
§§ 16, 43, 44

Markus Gempel

Rechtsanwalt, Nürnberg
§ 16

Dr. Frank Giroto

Rechtsanwalt, PWC München
§ 1

Dr. Thorsten Graeber

Richter am Amtsgericht, Potsdam
§§ 10, 51, 52

Harald Heck

Fachanwalt für Arbeitsrecht, Fachanwalt für Medizinrecht, Mannheim
§ 27

Grit Heidrich

Rechtsanwältin, Ulm
§ 30

Dr. Andrea Heilmaier

Richterin am Amtsgericht, Fürth
§§ 4, 8, 40, 41

Dr. Johannes Holzer

Regierungsdirektor, Deutsches Patent- und Markenamt, München
§§ 3, 7, 9, 53

Dr. Oliver Jenal

Fachanwalt für Versicherungsrecht, Fachanwalt für Handels- und Gesellschaftsrecht, Fachanwalt für Bank- und Kapitalmarktrecht,
Zertifizierter Restrukturierungs- und Sanierungsexperte (rws), Mannheim
§§ 31, 33

Dr. Volker Kammel

Rechtsanwalt, Bad Homburg
§§ 38, 39

Dr. Raik Kilper

Rechtsanwalt, Wirtschaftsjurist (Univ. Bayreuth), Nürnberg
§ 2

Prof. Dr. Peter Kothe

Rechtsanwalt, Fachanwalt für Verwaltungsrecht, Fachanwalt für Bau- und Architektenrecht, Stuttgart
§ 36

Dr. Christa Kraemer

Rechtsanwältin, Weiden
§ 13

Joachim Kühne

Rechtsanwalt, Frankfurt am Main
§ 32

Antje Lambert

Rechtsanwältin, Fachanwältin für Steuerrecht, Fachanwältin für Erbrecht,
Fachanwältin für Bau- und Architektenrecht, Bretten
§§ 45, 46

Mirko Liebthal

§§ 43, 44

Dr. Renald Metoja

Fachanwalt für Insolvenz- und Sanierungsrecht, Fachanwalt für Handels- und Gesellschaftsrecht

§§ 11, 12, 14, 15, 20–24

Dr. Ulf Pechartscheck

Fachanwalt für Insolvenz- und Sanierungsrecht, Wirtschaftsmediator (IHK), München

§ 18

Prof. Dr. Christian Pelz

Fachanwalt für Strafrecht, Fachanwalt für Steuerrecht, München

§ 37

Michael Pluta

Fachanwalt für Insolvenz- und Sanierungsrecht, vereidigter Buchprüfer, Ulm

§ 30

Dr. Wolfgang Popp

Fachanwalt für Medizinrecht, Fachanwalt für Bank- und Kapitalmarktrecht, zertifizierter Restrukturierungs- und Sanierungsexperte (RWS) Mannheim

§§ 17, 42

Cornelia Weber-Arnoldt

Verwaltungswirtin, Frankfurt

§ 29

Dr. Markus Wimmer

Rechtsanwalt, Würzburg

§§ 5, 6

Dr. Tobias Wittmann

Rechtsanwalt, Fachanwalt für Insolvenz- und Sanierungsrecht,

Wirtschaftsmediator (CVM) Nürnberg

§§ 43, 44

Dr. Frank Thomas Zimmer, LL.M. (oec.)

Fachanwalt für Insolvenz- und Sanierungsrecht, Betriebswirt (VWA), Köln

§§ 47–50

Jochen Zobel

Fachanwalt für Arbeitsrecht, Nürnberg

§ 28

Ralf Zuleger

Rechtsanwalt, UniCredit Bank AG, München

§§ 25, 26

Dr. Michael Zupancic

Diplomkaufmann, Rednitzhembach

§ 19

Inhaltsübersicht

Vorwort zur 4. Auflage	V
Vorwort zur 3. Auflage	IX
Bearbeiterverzeichnis	XI
Inhaltsverzeichnis	XIX
Abkürzungs- und Literaturverzeichnis	LXXVII

1. Teil. Recht der Unternehmensrestrukturierung

§ 1. Unternehmenssanierung mit den Instrumenten des StaRUG in der Praxis	1
--	---

2. Teil. Das Insolvenzeröffnungsverfahren

§ 2. Insolvenzgründe	107
§ 3. Der Schuldner im Eröffnungsverfahren und in der Insolvenz“	163
§ 4. Die richterliche Tätigkeit im Eröffnungsverfahren	178
§ 5. Sicherungsmaßnahmen und vorläufige Insolvenzverwaltung	246
§ 6. Das Sachverständigengutachten	302

3. Teil. Das eröffnete Insolvenzverfahren

§ 7. Allgemeine Wirkungen der Verfahrenseröffnung	329
§ 8. Aufgaben und Befugnisse des Insolvenzgerichts	336
§ 9. Aufgaben und Befugnisse des Insolvenzverwalters	372
§ 10. Bildung, Aufgaben und Befugnisse des vorläufigen Gläubigerausschusses	383
§ 10a. Bildung, Aufgaben und Befugnisse des Gläubigerausschusses im eröffneten Insolvenzverfahren	391
§ 11. Insolvenzforderungen	411
§ 12. Masseverbindlichkeiten	479
§ 13. Die massearme Insolvenz	511

4. Teil. Bereinigung der Insolvenzmasse

§ 14. Aussonderung	565
§ 15. Absonderung	585
§ 16. Anfechtung	640
§ 17. Aufrechnung	744

5. Teil. Geschäftsfortführung in der Insolvenz

§ 18. Der Geschäftsbetrieb in der Insolvenz – Rechtliche Grundlagen	761
§ 19. Die wirtschaftlich-organisatorischen Maßnahmen zur Betriebsfortführung	776

6. Teil Vertragsbeziehungen in der Insolvenz

§ 20. Einführung in das Insolvenzvertragsrecht	809
§ 21. Gegenseitige nicht vollständig erfüllte Verträge, §§ 103–107 InsO	813
§ 22. Dauerschuldverhältnisse	844
§ 23. Aufträge, Geschäftsbesorgungsverträge und Vollmachten	887
§ 24. Lösungsklauseln, § 119 InsO	896

7. Teil. Die Stellung der Kreditinstitute im Insolvenzverfahren

§ 25. Bankenverhalten/Bankengeschäfte im Vorfeld einer Kundeninsolvenz	899
§ 26. Bankenverhalten/Bankengeschäfte in der Kundeninsolvenz	913

8. Teil. Arbeits- und Sozialrecht in der Insolvenz

§ 27. Individualarbeitsrecht	953
§ 28. Kollektives Arbeitsrecht	1015
§ 29. Insolvenzgeld	1140
§ 30. Betriebliche Altersversorgung in der Insolvenz	1226

9. Teil. Gesellschaftsrecht in der Insolvenz

§ 31. Gesellschaftsrechtliche Folgen der Insolvenz	1289
§ 32. Einführung in die Insolvenz von Unternehmensgruppen	1321
§ 33. Haftung der Organe, Gesellschafter und handelnde Personen	1379

10. Teil. Rechnungslegung und Steuerrecht in der Insolvenz

§ 34. Buchführung, Rechnungslegung	1397
§ 35. Steuern in der Insolvenz	1407

11. Teil. Öffentliches Recht in der Insolvenz

§ 36. Öffentlich-rechtliche Verantwortlichkeiten, Aufgaben und Befugnisse des Insolvenzverwalters	1455
§ 37. Insolvenzstrafrecht	1506

12. Teil. Internationales Insolvenzrecht

§ 38. Regelungsgegenstand und Rechtsquellen	1591
§ 39. Insolvenzverfahren mit Auslandsbezug	1604

13. Teil. Insolvenz natürlicher Personen

§ 40. Verbraucherinsolvenz	1691
§ 41. Restschuldbefreiung	1709
§ 42. Die Insolvenz des Freiberuflers	1732

14. Teil. Sonderverfahren

§ 43. Insolvenzplan	1745
§ 44. Die Eigenverwaltung	1808
§ 45. Besondere Vermögensmassen	1859
§ 46. Nachlassinsolvenz	1865

15. Teil. Haftung der Beteiligten

§ 47. Haftung des (vorläufigen) Insolvenzverwalters	1889
§ 48. Haftung des (vorläufigen) Sachwalters in Eigenverwaltung	1958
§ 49. Haftung der Mitglieder des Gläubigerausschusses	1962
§ 50. Haftung des Insolvenzgerichts	1970

16. Teil. Vergütung der Beteiligten

§ 51. Die Vergütung der Verwalter	1977
§ 52. Die Vergütung der weiteren Beteiligten eines Insolvenzverfahrens	2005

17. Teil. Rechtsbehelfe im Insolvenzverfahren

§ 53. Die Rechtsmittelzüge im Einzelnen	2011
Sachverzeichnis	2023

Inhaltsverzeichnis

Vorwort zur 4. Auflage	V
Vorwort zur 3. Auflage	IX
Bearbeiterverzeichnis	XI
Abkürzungs- und Literaturverzeichnis	LXXVII

1. Teil. Recht der Unternehmensrestrukturierung

§ 1. Unternehmenssanierung mit den Instrumenten des StaRUG in der Praxis	1
A. Das Gesetzgebungsvorhaben	3
B. Wesen des StaRUG	6
I. Vergleichender Blick auf das Insolvenzverfahren	6
II. Die Verfahrenshilfen im Überblick	9
III. Thesenartiges Zwischenergebnis zum Wesen des StaRUG	12
C. Einbettung der StaRUG-Hilfe in den Sanierungsprozess	13
I. Krisenfrüherkennung und -management	13
II. Analysen von Handlungsoptionen zur Krisenbewältigung	17
III. Ableitung des Krisenbewältigungskonzepts aus Unternehmensplanung und Handlungsoptionen	20
IV. Zusammenschau	21
D. Eignung der StaRUG-Verfahrenshilfen zur Umsetzung einer Krisenbewältigungsoption	22
I. StaRUG-fähiger Restrukturierungsschuldner	22
II. Eignung des Geschäftsmodells des Schuldners für die Anwendung von StaRUG Verfahrenshilfen	24
III. Öffentlichkeit	26
IV. Lösungsklauseln	27
V. Stabilisierung	30
1. Vollstreckungssperre	31
2. Verwertungssperre	31
3. Vertragsrechtliche Wirkungen	33
4. Antragsvoraussetzungen	33
VI. Gestaltungsmöglichkeiten im Restrukturierungsplan	34
1. Überblick	34
2. Inhalt der Gestaltung von Absonderungsanwartschaften ...	38
3. Gestaltbarkeit von Forderungen oder Absonderungsanwart- schaften, die auf mehrseitigen, aber einheitlichen Rechtsverhältnissen beruhen	38
4. Gestaltbarkeit von Forderungen oder Absonderungsanwart- schaften, die auf gleichlautenden, einheitlichen Bedingungen mit einer Vielzahl von Gläubigern beruhen (Quasi-Kollektiv)	39

5. Gestaltbarkeit von Interkreditoren-Vereinbarungen	40
6. Gestaltbarkeit von Anteils- oder Mitgliedschaftsrechten ...	40
7. Gestaltung von gruppeninternen Sicherheiten	42
8. Beschränkung der Haftung von persönlich haftenden Gesellschaftern	43
9. Abgrenzung zum Schuldverschreibungsgesetz	43
VII. Restrukturierungsplan	47
1. Auswahl der Planbetroffenen, Gruppeneinteilung, Stimmrechte und erforderliche Mehrheiten	50
2. Grenzen der Gestaltungshoheit des Schuldners	57
3. Angemessene Entschädigung bei Eingriff in eine gruppeninterne Drittsicherheit	68
4. Angemessene Entschädigung für den Verlust der persönlichen Haftung des Gesellschafters	70
5. Vergleichsrechnung	71
6. Restrukturierungsbeauftragter	82
7. Sanierungsmoderation	96
8. Gläubigerbeirat	102
E. Abschließende Bemerkungen	106

2. Teil. Das Insolvenzeröffnungsverfahren

§ 2. Insolvenzgründe	107
A. Insolvenzfähigkeit	111
I. Grundlagen	111
II. Insolvenzfähige Personen und Vermögensmassen	111
1. Natürliche Personen	111
2. Juristische Personen	112
3. Gesellschaften ohne Rechtspersönlichkeit	114
4. Sondervermögen gemäß § 11 Abs. 2 Nr. 2 InsO	115
5. Ausländische Gesellschaften und Vermögensmassen	116
B. Zahlungsunfähigkeit	117
I. Bedeutung	117
1. Eröffnungsgrund	117
2. Tatbestandsvoraussetzung für andere Normen	118
II. Grundlagen	118
1. Begriffsbestimmung	118
2. Objektive Bestimmung der Zahlungsunfähigkeit	119
3. Feststellung der Zahlungsunfähigkeit, Zahlungseinstellung ..	119
III. Elemente der Zahlungsunfähigkeit	120
1. Zahlungspflichten	120
2. Zahlungsmittel	125
IV. Zeitliche und quantitative Eingrenzung der Zahlungsunfähigkeitselemente	126
1. Abgrenzung zur unbeachtlichen Zahlungsstockung	126
2. Unschädliche „geringfügige Liquiditätslücken“	127

V. Prüfung der Zahlungsunfähigkeit ex ante	130
1. Praktische Vorgehensweise	130
2. Rechnerische Ermittlung	132
VI. Zahlungseinstellung	133
1. Normzweck	133
2. Begriffsbestimmung	133
3. Typische Erkennungsformen	135
4. Beseitigung der Zahlungseinstellung	136
VII. Feststellung der Zahlungsunfähigkeit ex post	137
1. Zahlungseinstellung	137
2. Betriebswirtschaftliche Methode ex post	138
3. Wirtschaftskriminalistische Methode	139
C. Drohende Zahlungsunfähigkeit	139
I. Normzweck	139
II. Anwendungsbereich	141
1. Voraussetzung für die Inanspruchnahme von Instrumenten des StaRUG	141
2. Bedeutung im Rahmen der Insolvenzantragstellung	141
3. Tatbestandsmerkmal für Straftatbestände und Anfechtungs- rechte	142
III. Besonderheiten bei Antragstellung bei drohender Zahlungsunfähigkeit	142
1. Antragsrecht bei Mehrheit von Vertretungsorganen	142
2. Antragsrecht bei Führungslosigkeit	142
3. Nachlassinsolvenz	143
IV. Grundlagen der Ermittlung der drohenden Zahlungsunfähigkeit	143
1. Legaldefinition	143
2. Zahlungspflichten des Schuldners	144
3. Liquiditätsprognose	145
4. Prognosezeitraum	145
V. Ermittlung der drohenden Zahlungsunfähigkeit durch Liquiditätsplan	146
1. Aufsatzzpunkt	146
2. Planung	146
VI. Abgrenzung zur Überschuldung	146
1. Fortbestehensprognose	146
2. Unterschiedliche Prognosezeiträume	147
D. Überschuldung	147
I. Normzweck und Bedeutung	147
II. Anwendungsbereich	149
III. Begriff der Überschuldung	150
1. Zweistufiger Überschuldungsbegriff	150
2. Modifizierter zweistufiger Überschuldungsbegriff	150
IV. Prüfungsreihenfolge der Überschuldung	151
1. Methodischer Ansatz	151
2. Prüfung im konkreten Fall	151

V. Fortbestehensprognose	152
1. Definition	152
2. Beweislast	154
VI. Überschuldungsstatus	155
1. Grundlagen	155
2. Ansatz und Bewertung im Überschuldungsstatus.	157
§ 3. Der Schuldner im Eröffnungsverfahren und in der Insolvenz	163
I. Die Teilnahme des Schuldners am Insolvenzverfahren	163
II. Die Haftung des Schuldners	164
III. Die Person des Schuldners	165
IV. Die Teilnahme des Schuldners am Verfahren	168
1. Eigenantrag und Antragspflicht	168
2. Stellung des Eigenantrags	171
3. Vorbereitung des Eigenantrags: Alternative Krisenbewälti- gung nach dem StaRUG, Eigenverwaltung, Insolvenzplan, Gruppeninsolvenz	172
4. Eigenantrag bei Verbraucherinsolvenz	175
5. Insolvenzgründe bei Eigenantrag	175
6. Ermittlung und Sicherung des Vermögens	177
§ 4. Die richterliche Tätigkeit im Eröffnungsverfahren	178
A. Zulassungsprüfung	181
I. Allgemeines	181
II. Eingang des Antrags beim Insolvenzgericht und geschäftsmäßige Behandlung	182
1. Eingang eines Insolvenzantrags	182
2. Das Vorgespräch, § 10a InsO	184
III. Verfahrensvoraussetzungen	184
IV. Verfahrensgrundsätze	184
1. Amtsermittlungsgrundsatz	184
2. Beschleunigungsgrundsatz	185
3. Rechtliches Gehör	185
V. Insolvenzantragsverfahren	188
1. Insolvenzfähigkeit	188
2. Zuständigkeit (§§ 2, 3, 4, 13 ff. InsO)	189
3. Antragsform und Antragsberechtigung	195
4. Antrag des Schuldners/Eigenantrag (§ 13 Abs. 1 InsO) ...	197
5. Antrag eines Gläubigers/Fremdantrag (§§ 13 Abs. 1, 14 Abs. 1 15 Abs. 1 InsO)	205
6. Masseprüfung im Eröffnungsverfahren (§§ 11 ff. InsO)	212
7. Beauftragung eines Sachverständigen (§ 5 Abs. 1 S. 2 InsO)	217

B. Vorläufige Sicherungsmaßnahmen und Einzelanordnungen (§§ 21 ff. InsO)	223
I. Die einzelnen Sicherungsmaßnahmen	224
1. Die Bestellung eines vorläufigen Insolvenzverwalters (§ 21 Abs. 2 Nr. 1 InsO)	224
2. Die Einsetzung eines vorläufigen Gläubigerausschusses (§ 21 Abs. 2 Nr. 1a InsO)	226
3. Die Anordnung eines allgemeinen Verfügungsverbots (§ 21 Abs. 2 Nr. 2 InsO)	227
4. Die Untersagung oder einstweilige Einstellung der Zwangsvollstreckung in alle bewegliche Sachen (§ 21 Abs. 2 Nr. 3 InsO)	228
5. Anordnung gem. § 21 Abs. 2 Nr. 5 InsO	228
6. Die Anordnung der Postsperre (§§ 21 Abs. 2 Nr. 4, 99 InsO)	228
7. Die zwangsweise Vorführung und/oder Verhaftung des Schuldners bzw. dessen organschaftlichen Vertreters (§ 21 Abs. 3 iVm § 98 Abs. 3 InsO)	229
8. Weitere Sicherungsmaßnahmen (§ 21 Abs. 1 InsO)	229
II. Bekanntmachungen und Verfügungen in Zusammenhang mit der Anordnung von Verfügungsbeschränkungen	229
1. Bekanntmachungen (§§ 9, 23 Abs. 1 S. 1 InsO)	230
2. Zustellungen (§§ 8, 23 Abs. 1 S. 2 InsO) und Mitteilungen (§§ 8, 23 Abs. 3 InsO) sowie MiZi IX	230
3. Wirkungen und Verstöße (§ 24 InsO iVm §§ 81 f. InsO) ..	231
4. Aufhebung von Sicherungsmaßnahmen (§ 25 InsO) und Bekanntmachung (§ 23 InsO entspr.)	231
C. Die Massearmut und die Folgen	232
I. Feststellung der Massearmut	232
II. Kostenvorschuss (§ 26 Abs. 1 S. 2 InsO)	233
III. Verfahrenskostenstundung	234
IV. Die richterliche Entscheidung	234
V. Folgen der Abweisung mangels Masse	235
VI. Kostentragung bei Abweisung mangels Masse	236
VII. Neuer Antrag bei vorausgegangener Abweisung mangels Masse	236
D. Antragsrücknahme und Hauptsacheerledigung	237
I. Rücknahme	237
II. Erledigung	237
E. Tod des Schuldners im Insolvenzverfahren	238
F. Die Abweisung des Antrags als unbegründet	239
G. Die Eröffnung des Insolvenzverfahrens	240
I. Die Insolvenzeröffnung	240
II. Die Eingangsentscheidung bei natürlichen Personen	241
III. Der Eröffnungsbeschluss (§ 27 InsO)	241
IV. Öffentliche Bekanntmachung und Mitteilungen	243

V. Zuständigkeit für das Verfahren nach der Insolvenzeröffnung ..	244
VI. Mittelbare Folgen der Insolvenzeröffnung	244
VII. Kosten und Auslagen	245
§ 5. Sicherungsmaßnahmen und vorläufige Insolvenzverwaltung	246
A. Sicherungsmaßnahmen im Eröffnungsverfahren	248
I. Allgemeines	248
II. Zielrichtungen der Sicherungsmaßnahmen	248
1. Gläubigerschutz	248
2. Schuldnerschutz	249
3. Vermögensschutz im Ganzen	249
III. Maßnahmen allgemein	250
1. Verfügungsbeschränkungen	251
2. Einstellung oder Untersagung von Zwangsvollstreckungs- maßnahmen	252
3. Postsperre	252
4. Verbot der Verwertung oder Einziehung	253
5. Maßnahmen gegen die Person	253
B. Die vorläufige Insolvenzverwaltung	254
I. Allgemeines	254
II. Anforderungen an einen vorläufigen Insolvenzverwalter	254
III. Aufgaben und Befugnisse des vorläufigen Insolvenzverwalters ..	255
1. Der „starke“ vorläufige Insolvenzverwalter	257
2. Der „schwache“ vorläufige Insolvenzverwalter	284
3. Der „halbstarke“ vorläufige Insolvenzverwalter	290
4. Besondere Befugnisse und Rechte – aller – vorläufigen In- solvenzverwalter	294
IV. Steuerrechtliche Stellung des vorläufigen Insolvenzverwalters ..	296
1. Der „starke“ vorläufige Insolvenzverwalter	296
2. Der „schwache“ und der „halbstarke“ vorläufige Insolvenz- verwalter	298
V. Anfechtbarkeit von Rechtshandlungen des vorläufigen Insolvenzverwalters	300
VI. Die Rechnungslegungspflicht des vorläufigen Verwalters	300
1. Allgemeines	300
2. Art und Umfang der Rechnungslegungspflicht	300
3. Ausnahmen der Rechnungslegungspflicht	301
VII. Haftung des vorläufigen Insolvenzverwalters	302
VIII. Vergütung des vorläufigen Insolvenzverwalters	302
§ 6. Das Sachverständigen Gutachten	302
A. Der Gutachter	303
I. Vorbemerkung	303
II. Rechtsgrundlagen	304
1. Isolierte Gutachterbestellung	304
2. Kombinierte Gutachterbestellung	304

III. Aufgaben des Gutachters	305
1. Information des Insolvenzgerichts	305
2. Gutachtenserstellung	306
IV. Befugnisse des Gutachters	306
B. Aufbau und Inhalt des Gutachtens	307
I. Vorarbeiten/Erkenntnisquellen	307
1. Ermittlungen an Ort und Stelle	308
2. Schuldnerinformationen	308
3. Bankauskünfte	309
4. Öffentliche Stellen	311
5. Finanzamt	311
6. Sonstige Erkenntnisquellen	312
7. Spezielle Wertgutachter	313
II. Das Gutachten	313
1. Aufbau/Gliederung	313
2. Vermögensübersicht	316
3. Prüfungsaussagen und Prüfungsergebnisse	320
4. Handlungsoptionen bei fehlender Kostendeckung	326

3. Teil. Das eröffnete Insolvenzverfahren

§ 7. Allgemeine Wirkungen der Verfahrenseröffnung	329
A. Übergang der Verwaltungs- und Verfügungsbefugnis	329
I. Grundprinzip	329
II. Leistungen an den Schuldner	331
B. Stellung des Schuldners und seiner Organe	331
I. Allgemeines	331
II. Konsequenzen aus dem Übergang der Verwaltungs- und Verfügungsbefugnis	332
III. Befugnisse von Insolvenzverwalter und Gesellschaftsorganen im Einzelnen	333
C. Auswirkungen auf Rechtsstreite	334
I. Allgemeines	334
II. Aktivprozesse	334
III. Passivprozesse	335
IV. Prozesse ohne Vermögensbezug	335
V. Andere Verfahren, insbesondere Selbständiges Beweisverfahren	336
§ 8. Aufgaben und Befugnisse des Insolvenzgerichts	336
A. Einleitung	337
B. Allgemeines	338
I. Aufgaben der Insolvenzgerichte und die Anforderungen	338
II. Zuständigkeit des Insolvenzgerichts als besonderes Vollstreckungsgericht	340

C. Vorauswahllisten und Vorauswahlverfahren	341
I. Zweck und Qualität des Vorauswahlverfahrens	342
II. Durchführung des Vorauswahlverfahrens	343
III. Voraussetzungen für die Vorauswahl	344
IV. Streichung von der Vorauswahlliste (Delistung)	346
D. Der Eröffnungsbeschluss und seine Folgen	346
I. Bedeutung des Eröffnungsbeschlusses	346
II. Funktionelle Zuständigkeit	347
III. Der bestellte Insolvenzverwalter	350
1. Rechtsstellung des Insolvenzverwalters	350
2. Fehlerhafte Auswahl	350
3. Bestallungsurkunde	351
4. Vorläufigkeit der Bestellung	351
5. Sonderinsolvenzverwalter	352
E. Überwachungs- und Leitfunktion des Gerichts im eröffneten Verfahren	354
I. Allgemeines	354
II. Aufsicht über den Verwalter	355
1. Die Überwachungspflicht ist auch ein Überwachungsrecht	355
2. Informationsrecht des Gerichts	356
3. Rechnungslegung	357
4. Pflichtverstöße	358
III. Zwangsmittel gegen den Insolvenzverwalter	358
IV. Entlassung des Verwalters (§ 59 InsO) und Ablehnung wegen Besorgnis der Befangenheit	359
1. Ablehnung des Insolvenzverwalters wegen Besorgnis der Be- fangenheit	359
2. Entlassung des Insolvenzverwalters aus einem wichtigen Grund	359
V. Sicherungsmaßnahmen im eröffneten Verfahren	360
1. Anordnung von Sicherungsmaßnahmen	360
2. Überwachung der Sicherungsmaßnahmen durch den Insol- venzverwalter	361
F. Einsetzung und Bedeutung eines Gläubigerausschusses	361
G. Aufgaben im Rahmen eines Insolvenzplanverfahrens (§§ 217 ff. InsO)	362
H. Leitfunktion des Insolvenzgerichts in den Terminen	365
I. Allgemeines zur Gläubigerversammlung	365
II. Der Berichtstermin	366
III. Der Prüfungstermin und weitere Termine	368
I. Der Abschluss des Insolvenzverfahrens	369
I. Verteilung	369
II. Schlussrechnung, Schlussbericht und Schlussverzeichnis	369
III. Der Schlusstermin	370

J. Die Aufhebung und Beendigung des Verfahrens	370
K. Die Wohlverhaltensphase im Rahmen der Restschuldbefreiung ...	371
L. Grenzen der Überwachung und Leitung	371
M. Presse	371
§ 9. Aufgaben und Befugnisse des Insolvenzverwalters	372
A. Erfassen und Sichern des Vermögens	372
I. Umfang der Vermögenserfassung und -sicherung	372
II. Inbesitznahme der Insolvenzmasse	374
III. Die Herausgabevollstreckung	376
IV. Sicherung von Wertgegenständen	377
V. Entscheidung über die Behandlung der Wertgegenstände	378
VI. Siegelung	378
VII. Verzeichnis der Massegegenstände und Bewertung	379
1. Allgemeines	379
2. Inhalt des Verzeichnisses	380
VIII. Gläubigerverzeichnis	380
IX. Vermögensübersicht	381
X. Grundsätze ordnungsgemäßen Verwalterhandelns	381
B. Massebereinigung	382
§ 10. Bildung, Aufgaben und Befugnisse des vorläufigen Gläubigerausschusses	383
A. Bildung eines Gläubigerausschusses	383
I. Voraussetzungen für einen zwingenden vorläufigen Gläubiger- ausschuss im Eröffnungsverfahren gem. § 22a Abs. 1 InsO	384
II. Fakultativer vorläufiger Gläubigerausschuss, § 22a Abs. 2 InsO	384
III. Gründe für einen Verzicht auf einen vorläufigen Gläubigerausschuss, § 22a Abs. 3 InsO	385
IV. Zusammensetzung eines vorläufigen Gläubigerausschusses	385
B. Aufgaben und Pflichten des vorläufigen Gläubigerausschusses	388
C. Voraussetzungen für ein Handeln des vorläufigen Gläubigerausschusses im Eröffnungsverfahren	390
D. Rechte des vorläufigen Gläubigerausschusses gegenüber anderen Beteiligten	391
§ 10a. Bildung, Aufgaben und Befugnisse des Gläubigerausschusses im eröffneten Insolvenzverfahren .	391
A. Einsetzung eines ersten (vorläufigen) Gläubigerausschusses im eröffneten Insolvenzverfahren durch das Insolvenzgericht	393
I. Fallkonstellationen eines vorläufigen Gläubigerausschusses im eröffneten Insolvenzverfahren	393

II. Unterschiede zwischen einem vorläufigen Gläubigerausschuss im eröffneten Insolvenzverfahren und dem Gläubigerausschuss auf Beschluss der Gläubigerversammlung	394
III. Zulässigkeit eines vorläufigen Gläubigerausschusses nach der ersten Gläubigerversammlung	395
IV. Gläubigerbeirat als Alternative zum Gläubigerausschuss	395
B. Entscheidung der Gläubigerversammlung über die Einsetzung eines Gläubigerausschusses	396
C. Besetzung des Gläubigerausschusses	396
I. Sollzusammensetzung des Gläubigerausschusses	397
II. Entscheidung der Gläubigerversammlung über die Anzahl und die Personen des Gläubigerausschusses	397
III. Entscheidung der Gläubigerversammlung über die vom Insolvenzgericht bestellten Mitglieder	398
IV. Voraussetzungen für eine Tätigkeit als Gläubigerausschussmitglied	399
V. Bestellung von nicht am Verfahren beteiligten Personen	399
VI. Übernahme des Amtes durch das Gläubigerausschussmitglied ..	400
VII. Abwahl vorher gewählter Gläubigerausschussmitglieder	400
D. Entlassung von Gläubigerausschussmitgliedern	401
E. Amtsniederlegung durch Mitglieder des Gläubigerausschusses	402
F. Rechtsstellung des Gläubigerausschusses	402
G. Die Aufgaben des Gläubigerausschusses im Insolvenzverfahren	403
I. Aufgabenumschreibung des § 69 InsO	404
1. Unterstützung des Insolvenzverwalters	404
2. Überwachung des Insolvenzverwalters	404
3. Pflicht, sich über den Gang der Geschäfte zu unterrichten ..	405
4. Pflicht zur Prüfung des Geldverkehrs und des Geldbestands ..	405
II. Besondere Aufgaben, Rechte und Pflichten des Gläubigerausschusses	405
1. Auskunftsrechte gegenüber dem Insolvenzschnldner	405
2. Bestimmungs-, Zustimmungs- und Genehmigungsrechte ..	406
3. Einberufung der Gläubigerversammlung/Entlassung des Insolvenzverwalters	409
H. Beschlussfassung im Gläubigerausschuss	409
§ 11. Insolvenzforderungen	411
A. Einleitung	412
I. Begriff des Insolvenzgläubigers	414
1. Persönlicher Gläubiger	414
II. Zurzeit der Verfahrenseröffnung begründet	416
1. Dauerschuldverhältnisse	416
2. Bedingte und betagte Ansprüche	417

3. Ausnahme: vorläufiger Insolvenzverwalter mit Verfügungsbefugnis	418
4. Ausnahme Steuerverbindlichkeiten beim „schwachen“ vorläufigen Insolvenzverwalter	419
5. Ausnahme: Einzelermächtigung	420
III. Vermögensanspruch	421
IV. Gegen den Schuldner	421
B. Rechte der Insolvenzgläubiger	421
I. Insolvenzantragsrecht	422
II. Unterbrechung von Prozessen	423
III. Einzelzwangsvollstreckung	424
IV. Aufrechnung	425
V. Aus- und Absonderungsrechte	426
VI. Auskunftsansprüche	426
VII. Teilnahme an Gerichtsterminen/Abstimmung	428
VIII. Teilnahme am Berichtstermin, taktisches Verhalten	429
IX. Mitgliedschaft im Gläubigerausschuss, taktisches Verhalten	430
C. Anmeldung einer Forderung zur Insolvenztabelle	432
I. Anmeldbare Forderungen	432
II. Adressat der Forderungsanmeldung	434
III. Frist für die Anmeldung	434
IV. Inhalt und Form der Anmeldung	436
V. Anlagen zur Anmeldung	439
VI. Aufforderung zur Anmeldung nachrangiger Forderungen	442
D. Behandlung eingehender Forderungsanmeldungen durch den Verwalter	442
I. Aktenmäßige Erfassung	442
II. Aufstellung der Tabelle	443
III. Behandlung unzulässiger Anmeldungen	444
E. Ablauf des Prüfungstermins	445
I. Veröffentlichung/Teilnahmeberechtigung	445
II. Prüfung durch Verwalter	446
1. Anerkennung der angemeldeten Forderung	446
2. Teilweises Anerkennen	447
3. Anerkennen für den Ausfall	448
4. Bestreiten	456
5. Vorläufiges Bestreiten	456
6. Nachträgliche Anerkennung	457
7. Bedingte Forderungen	457
8. Betagte Forderungen	458
9. Gesamtschuldner	458
10. Bürgen und Mitverpflichtete	459
III. Widerspruchsrecht der Gläubiger und des Schuldners	462
IV. Eintragung des Prüfungsergebnisses in die Tabelle	463
V. Mitteilung an Gläubiger	464

VI. Sonderfall: Forderungen aus vorsätzlich begangenen unerlaubten Handlungen, aus vorsätzlich pflichtwidriger Verletzung gesetzlicher Unterhaltungspflichten des Schuldners und wegen Steuerstraftaten nach §§ 370, 373 oder 374 AO	464
F. Nachträgliche Änderung der Tabelle	467
I. Schriftliches Anerkennen	467
II. Ergänzung durch Gläubiger	467
III. Reduzierung durch Gläubiger	468
IV. Rücknahme durch Gläubiger	469
V. Sonderfall Insolvenzplan	469
G. Feststellungsklage	470
I. Betreibenslast	471
II. Zuständigkeit	472
III. Kosten	473
IV. Vollstreckung, Berichtigung der Tabelle	473
V. Änderungen des Verteilungsverzeichnisses	474
H. Verteilungsverzeichnis/Verteilung	474
§ 12. Masseverbindlichkeiten	479
A. Begriff der „Masseverbindlichkeiten“	481
B. Kosten nach § 54 InsO (auch „Massekosten“)	483
C. Sonstige Masseverbindlichkeiten, § 55 InsO	485
I. Betrachtung der Masseverbindlichkeiten nach Zeitabschnitten	485
1. Grundregel: Entstehung nach Insolvenzeröffnung	485
2. Ausnahme: Entstehung vor der Insolvenzeröffnung	486
II. Betrachtung der Masseverbindlichkeiten nach Verursachung ..	493
1. Vom Insolvenzverwalter begründet	493
2. Vom Schuldner begründete Masseverbindlichkeiten	493
3. Sonderfall: Öffentlich-rechtliche Verpflichtungen, insbesondere Steuerverpflichtungen	493
4. Sonderfall: Nachlassinsolvenzverfahren, §§ 315 ff. InsO ...	496
5. Weitere Ausnahmen	498
III. Betrachtung der Masseverbindlichkeiten nach Befriedigungsreihenfolge	498
1. Grundsatz: vollständige, sofortige Befriedigung	498
2. Ausnahme: Masseunzulänglichkeit	499
3. Sonderfall: Sozialplanansprüche	499
IV. Die Durchsetzung von Masseansprüchen	500
1. Aufrechnung und Verrechnung	500
2. Erkenntnisverfahren	501
3. Zwangsvollstreckung – Grundsätze	502
4. Zwangsvollstreckung – Ausnahmen	502
V. Aufhebung und Einstellung des Insolvenzverfahrens	504
1. Fortbestehen der Haftung des Schuldners	504

2. Dem Verwalter nachträglich bekannt werdende Masseansprüche	504
3. Einstellung mangels Masse und nach Anzeige der Masseunzulänglichkeit	505
4. Einstellung nach § 214 InsO	505
5. Aufhebung nach Bestätigung eines Insolvenzplans	505
D. Organisation im Verwalterbüro („Massetabelle“)	506
I. Einrichtung einer Massetabelle	506
II. „Heimlich“ entstehende Masseverbindlichkeiten	507
E. Falsche Behandlung von Masseverbindlichkeiten	508
I. Falsche Handhabung durch Massegläubiger	508
1. Masseforderung als Insolvenzforderung	508
2. Insolvenzforderung als Masseverbindlichkeit	508
II. Falsche Handhabung durch Insolvenzverwalter	509
1. Falsche Verteilung von Geld	509
2. Verspätete Anzeige der Masseunzulänglichkeit	510
3. Nichterfüllung von Masseverbindlichkeiten	510
§ 13. Die massearme Insolvenz	511
A. Einführung	513
I. Reformen im Insolvenzrecht mit Auswirkungen auf massearme Insolvenzverfahren	513
II. Statistik	514
III. Begrifflichkeiten und Systematik	515
1. Fehlende Verfahrenskostendeckung im Eröffnungsverfahren (§ 26 InsO)	515
2. Fehlende Verfahrenskostendeckung nach Insolvenzeröffnung (§ 207 InsO)	516
3. Masseunzulänglichkeit (§§ 208 ff. InsO)	516
IV. Möglichkeiten zur Vermeidung einer massearmen Insolvenz ..	516
1. Verfahrenskostenstundung nach § 4a InsO	516
2. Kostenvorschuss nach § 207 Abs. 1 S. 2 InsO	516
3. Weitere Maßnahmen zur Anreicherung der Insolvenzmasse ..	517
4. Vermeidung von Masseverbindlichkeiten durch Freigabe ..	519
B. Die Einstellung mangels Masse gemäß § 207 InsO	520
I. Die Ermittlung der Massearmut	520
1. Aktivmasse	520
2. Verfahrenskosten	520
3. Unausweichliche Verwaltungskosten	521
II. Aufgaben des Insolvenzverwalters im Fall des § 207 InsO	522
III. Aufgaben des Insolvenzgerichts im Fall des § 207 InsO	523
IV. Verfahrensgang	523
1. Anregung durch den Insolvenzverwalter	523
2. Gläubigerbeteiligung (§ 207 Abs. 2 InsO)	523
3. Einstellungsbeschluss	524

4. Unterrichtung und öffentliche Bekanntmachung (§ 215 InsO)	524
5. Rechtsmittel (§ 216 InsO)	524
V. Verfahrensabwicklung	525
1. Bis zur tatsächlichen Einstellung des Verfahrens	525
2. Rechtsfolgen nach Einstellung des Verfahrens	525
3. Vollstreckungsverbot	526
4. Auswirkungen auf laufende Rechtsstreitigkeiten	527
5. Nachtragsverteilung	527
6. Steuerliche Pflichten	528
C. Die Masseunzulänglichkeit gemäß §§ 208 ff. InsO	528
I. Die Ermittlung der Masseunzulänglichkeit	528
1. Aktivmasse	529
2. Verfahrenskosten	529
3. Masseverbindlichkeiten	529
II. Arten (Erscheinungsformen) der Masseunzulänglichkeit	529
1. Eingetretene Masseunzulänglichkeit	529
2. Drohende Masseunzulänglichkeit (§ 208 Abs. 1 S. 2 InsO)	529
3. Temporäre Masseunzulänglichkeit	530
4. Prophylaktische Masseunzulänglichkeit	531
5. Masseunzulänglichkeit wegen eventueller Masseverbindlichkeiten	532
6. Wiederholte Anzeige der Masseunzulänglichkeit	532
III. Aufgaben des Insolvenzverwalters im Fall des § 208 InsO	533
IV. Allgemeine Auswirkungen der Anzeige der Masseunzulänglichkeit	534
V. Aufgaben des Insolvenzgerichts im Fall des § 208 InsO	535
VI. Verfahrensgang	535
1. Anzeige der Masseunzulänglichkeit durch den Insolvenzverwalter	535
2. Veröffentlichung	537
3. Gläubigerbeteiligung	537
4. Schlusstermin	538
5. Einstellungsbeschluss nach § 211 InsO	538
6. Nachtragsverteilung (§ 211 Abs. 3 InsO)	539
7. Rechtsmittel	539
8. Verjährung	540
VII. Verfahrensabwicklung	540
1. Verfahrensziel nach Anzeige der Masseunzulänglichkeit	540
2. Die Rangordnung des § 209 InsO	541
3. Die Rückkehr ins Regelverfahren nach Überwindung der Masseunzulänglichkeit	541
VIII. Weitere Auswirkungen der Anzeige der Masseunzulänglichkeit	542
1. Unzulässigkeit der Zwangsvollstreckung	542
2. Unzulässigkeit von Leistungsklagen	543
3. Auswirkungen auf die laufenden Rechtsstreitigkeiten	543
4. Das Erfüllungswahlrecht des § 103 InsO	544

5. Dauerschuldverhältnisse	546
6. Ausschluss sonstigen Rechtserwerbs (§ 91 InsO)	550
7. Geltendmachung eines Gesamtschadens (§ 92 InsO) oder einer persönlichen Haftung der Gesellschafter (§ 93 InsO) ..	550
8. Anwendung der Aufrechnungsvorschriften (§§ 94 ff. InsO) ..	551
9. Betriebsfortführung	551
10. Schlussrechnungslegung	552
11. Steuerliche Pflichten	552
12. Masseunzulänglichkeit im Regelinsolvenzverfahren einer natürlichen Person	553
IX. Haftungsgefahren	554
1. Insolvenzverwalter	554
2. Insolvenzschuldner	558
X. Besonderheiten in Sonderinsolvenzverfahren	558
1. Insolvenzplanverfahren	558
2. Verfahren mit Eigenverwaltung unter Aufsicht eines Sachwalters	558
D. Mustervorlagen und Checklisten	559

4. Teil. Bereinigung der Insolvenzmasse

§ 14. Aussonderung	565
A. Wirtschaftlicher Hintergrund	565
B. Geltendmachung der Aussonderung	567
C. Die wichtigsten Aussonderungsrechte	569
I. Eigentum	570
II. Einfacher Eigentumsvorbehalt	570
1. Insolvenz des Vorbehaltskäufers	571
2. Insolvenz des Vorbehaltsverkäufers	573
III. Treuhand	573
IV. Factoring	575
V. Leasing	575
D. Aussonderungsansprüche vor Eröffnung des Insolvenzverfahrens ...	576
E. Ersatzaussonderung	577
F. Praxisrelevante Einzelfragen zur Aussonderung	579
I. Art und Weise der Geltendmachung	579
1. Schriftform und Belege	579
2. Zeitpunkt	580
3. Auskunft	581
4. Rechtsstreit über die Aussonderung	581
5. Insolvenzantragsverfahren	581
6. Sicherheitenverwertungsgemeinschaft (Pool)	582
II. Handhabung beim Insolvenzverwalter	583
III. Auswirkung auf Insolvenzforderung	584

§ 15. Absonderung	585
A. Abgrenzung Aussonderung – Absonderung	586
B. Die wichtigsten Absonderungsrechte	589
I. Grundpfandrechte: Hypotheken, Grundschulden, Rentenschulden	589
II. Sicherungsübertragungen	590
1. Sicherungseigentum	590
2. Sicherungsabtretung	592
III. Erweiterte und verlängerte Eigentumsvorbehaltsrechte	592
1. Erweiterter Eigentumsvorbehalt	593
2. Verlängerter Eigentumsvorbehalt	593
3. Abwehrklauseln	594
IV. Pfandrechte	595
1. Vertraglich begründete Pfandrechte	595
2. Durch Zwangsvollstreckung begründete Pfandrechte	595
3. Gesetzlich begründete Pfandrechte	596
V. Kaufmännisches Zurückbehaltungsrecht	598
VI. Allgemeines Zurückbehaltungsrecht	599
VII. Wohnungseigentümergeinschaft	599
VIII. Kollision von Absonderungsrechten	600
IX. Ersatzabsonderung	601
C. Geltendmachung der Absonderung	602
I. Inbesitznahme des Sicherungsguts durch Gläubiger	603
1. Vor Insolvenzantragstellung	603
2. Nach Insolvenzantragstellung	603
3. Nach Insolvenzeröffnung	604
4. Offenlegung einer Zession	605
II. Geltendmachung gegenüber dem Insolvenzverwalter	605
III. Sicherheitenverwertungsgemeinschaft (Pool)	607
D. Erfassung und Prüfung von Absonderungsrechten durch den Insolvenzverwalter	609
E. Verwertung von unbeweglichen Gegenständen	611
I. Zwangsversteigerung	611
II. Freihändige Verwertung durch Insolvenzverwalter	612
III. Zwangsverwaltung	615
IV. Umsatzsteuer	616
F. Verwertung von beweglichen Gegenständen und Rechten	617
I. Vorüberlegungen	617
1. Verwertungskompetenz des Verwalters	617
2. Keine Verwertungspflicht des Verwalters	617
3. Verwertungskompetenz des Absonderungsgläubigers	618
II. Voraussetzungen einer Verwertung durch den Insolvenzverwalter	619
1. Besitz an beweglichen Sachen	619
2. Forderungen des Schuldners und Rechte	621

III. Beteiligung des Absonderungsgläubigers	622
1. Inhalt der Mitteilung	622
2. Wochenfrist des § 168 InsO	624
3. Reaktion des Sicherungsgläubigers	624
IV. Entscheidung über die Verwertung	627
1. Verwertung durch den Verwalter und Behandlung des Verwertungserlöses	627
2. Übernahme durch den Gläubiger	628
3. Überlassung zur Verwertung durch den Gläubiger	629
4. Freigabe	629
5. Verwertung von Forderungen – § 166 Abs. 2 InsO	629
V. Abrechnung mit dem Absonderungsgläubiger	630
1. Feststellungspauschale	630
2. Verwertungspauschale	631
3. Umsatzsteuer	633
4. Formular für Abrechnung mit Absonderungsgläubigern ...	634
5. Buchungshinweise für Insolvenzverwalter	635
6. Auswirkungen der Verwertung auf Insolvenzforderung ...	636
G. Schutz des Absonderungsgläubigers vor einer Verzögerung der Verwertung	637
H. Schutz des Absonderungsgläubigers vor einem Wertverzehr des Absonderungsguts	639
§ 16. Anfechtung	640
A. Zweck der Insolvenzanfechtung, Rechtsnatur des Anfechtungsrechts und Gesetzssystematik	645
I. Zweck der Insolvenzanfechtung	645
II. Rechtsnatur des Anfechtungsrechts	646
III. Gesetzssystematik	647
1. Gesetzliche Gliederung der Insolvenzanfechtung	647
2. Die Anfechtungstypen	647
3. Konkurrenz der Insolvenztatbestände	649
B. Reform des Anfechtungsrechtes 2017	649
I. Gesetz zur Verbesserung der Rechtssicherheit bei Anfechtungen nach der InsO und nach dem AnfG	649
II. Inhalt/Kernpunkte der Reform	649
C. Anfechtungsbefugnis und -gegner, maßgeblicher Zeitpunkt der Vornahme der Rechtshandlung	650
I. Anfechtungsbefugnis und -gegner	650
1. Anfechtungsbefugnis	650
2. Anfechtungsgegner	651
II. Zeitpunkt der Vornahme einer Rechtshandlung (§ 140)	653
1. Grundsatz	653
2. Fallgruppen	653

3. Maßgeblicher Zeitpunkt bei Grundbuch- und Registereintragungen	655
4. Bedingte und befristete Rechtshandlungen	655
D. Allgemeine Voraussetzungen der Insolvenzanfechtung gemäß § 129	656
I. Rechtshandlung	656
1. Begriff	656
2. Fallgruppen	656
3. Handelnde Personen/Urheber der Rechtshandlung	658
II. Objektive Gläubigerbenachteiligung	661
1. Allgemeines	661
2. Fallgruppen	662
3. Arten der Gläubigerbenachteiligung	662
III. Kausalität	664
1. Allgemeines	664
2. Fallgruppen	665
IV. Bargeschäft	665
1. Reform des Anfechtungsrechtes 2017	665
2. Zweck des Bargeschäftes	665
3. Tatbestandsvoraussetzungen	666
4. Rechtsfolgen	670
5. Beweislast	670
V. Anfechtung bei Masseunzulänglichkeit	671
VI. Nahestehende Person § 138	671
E. Die besondere Insolvenzanfechtung (§§ 130–132)	674
I. Einleitung	674
II. Die kongruente Deckung (§ 130)	675
1. Tatbestandsvoraussetzungen des § 130 Abs. 1	675
2. Finanzsicherheiten § 130 Abs. 1 S. 2	683
3. Wechsel- und Scheckzahlungen § 137	684
III. Die inkongruente Deckung (§ 131)	684
1. Objektive Tatbestandsvoraussetzungen	685
2. Subjektive Tatbestandsvoraussetzungen gemäß § 131 Abs. 1 Nr. 3	695
3. Darlegungs- und Beweislast	695
IV. Die Anfechtung unmittelbar nachteiliger Rechtshandlungen (§ 132)	696
1. Objektive Tatbestandsvoraussetzungen des § 132 Abs. 1 ..	697
2. Subjektiver Tatbestand (§ 132 Abs. 1 und Abs. 2)	698
3. Gleichgestellte Handlungen (§ 132 Abs. 2)	698
4. Beweislast	698
F. Die Vorsatzanfechtung (§ 133)	698
I. Tatbestandsvoraussetzungen	700
1. Allgemeines	700
2. Objektiver Tatbestand	700
3. Subjektive Tatbestandsvoraussetzung beim Schuldner	701

4. Subjektive Tatbestandsvoraussetzungen beim Anfechtungs- gegner	702
II. Darlegungs- und Beweislast	702
1. Grundsatz	702
2. Vermutungen	702
3. Beweiswürdigung	704
4. Beweislastumkehr	708
G. Anfechtung unentgeltlicher Leistungen (§ 134)	709
I. Tatbestand	710
1. Leistung des Schuldners	710
2. Unentgeltlichkeit	710
II. Praxisrelevante Fallkonstellationen	712
III. Ausnahme: Gebräuchliche Gelegenheitsgeschenke (§ 134 Abs. 2)	715
IV. Beweislast und Fristberechnung	716
H. Anfechtungstatbestände im Zusammenhang mit Gesellschafterdarlehen (§ 135)	717
I. Abschaffung des Kapitalersatzrechts durch das MoMiG (2008)/ Neufassung des § 135/Auswirkungen auf den Gläubigerschutz und die Stellung der Gesellschafter	718
II. Anfechtung von Rückzahlungen und Besicherungen von Gesellschafterdarlehen § 135 Abs. 1	718
1. Tatbestand	718
2. Anfechtungsgegenstand	718
III. Anfechtung bei gesellschafterbesicherten Drittdarlehen § 135 Abs. 2	720
1. Tatbestand	720
2. Anfechtungsgegenstand/Anfechtungsgegner/Rechtsfolgen	720
IV. Nutzungsüberlassung durch Gesellschafter § 135 Abs. 3	721
J. Anfechtung bei der stillen Gesellschaft (§ 136)	721
I. Normzweck	721
II. Tatbestand	722
1. Stille Gesellschaft	722
2. Besondere Vereinbarung innerhalb der Jahresfrist	722
3. Rechtshandlung	723
4. Ausschluss der Anfechtbarkeit gemäß § 136 Abs. 2	723
III. Beweislast	724
K. Die Rechtsfolgen der Insolvenzanfechtung	724
I. Überblick	724
II. Rückgewähranspruch gemäß § 143 Abs. 1	724
1. Berechtigter/Verpflichteter	724
2. Inhalt des Rückgewähranspruchs gemäß § 143 Abs. 1 S. 1 (Primäranspruch)	725
3. Inhalt des Rückgewähranspruchs gemäß § 143 Abs. 1 S. 2	725
4. Sonderfall: Insolvenz des Anfechtungsgegners	728

III. Rückgewähr unentgeltlicher Leistungen (§ 143 Abs. 2)	728
1. Haftungsbegrenzung (§ 143 Abs. 2 S. 1)	728
2. Wegfall der Haftungserleichterung (§ 143 Abs. 2 S. 2)	729
3. Beweislast	729
IV. Rückgewähranspruch gemäß § 143 Abs. 3 bei der Anfechtung gesellschafterbesicherter Drittdarlehen gemäß § 135 Abs. 2 ...	730
V. Zinsen	730
L. Ansprüche des Anfechtungsgegners (§ 144)	731
I. Wiederaufleben getilgter Forderungen (§ 144 Abs. 1)	731
1. Voraussetzungen	731
2. Rechtsfolgen	732
II. Vertragliche Gegenleistungen (§ 144 Abs. 2)	732
1. Voraussetzungen	732
2. Rechtsfolgen	733
M. Fristenberechnung (§ 139) und Verjährung des Anfechtungsanspruchs (§ 146)	733
I. Fristen gemäß §§ 130–136 und deren Berechnung (§ 139)	733
II. Verjährung des Anfechtungsanspruchs (§ 146)	734
1. Regelmäßige Verjährung	734
2. Höchstfrist gemäß § 199 Abs. 4 BGB	735
3. Hemmung und Neubeginn der Verjährung	735
III. Einrede der Anfechtbarkeit gemäß § 146 Abs. 2	735
N. Rechtshandlungen nach Verfahrenseröffnung (§ 147)	736
O. COVID-19-Insolvenzaussetzungsgesetz (COVInsAG)	736
I. Zielsetzung	736
II. Inkrafttreten	737
III. Aussetzung der Insolvenzantragspflicht	737
1. Antragspflicht	737
2. Zeiträume der Aussetzung	738
3. Ausnahmen	739
4. Vermutung gemäß § 1 Abs. 1 S. 3 COVInsAG	740
5. Beweislast	740
IV. Folgen der Aussetzung für die Insolvenzanfechtung	740
1. § 2 Abs. 1 Nr. 2 COVInsAG	741
2. § 2 Abs. 1 Nr. 4 COVInsAG	741
3. § 2 Abs. 1 Nr. 5 COVInsAG	742
P. Gesetz über den Stabilisierungs- und Restrukturierungsrahmen für Unternehmen (StaRUG)	742
I. Zielsetzung	742
II. Privilegien	743
1. § 89 StaRUG	743
2. § 90 StaRUG	743
3. § 91 StaRUG	744

§ 17. Aufrechnung	744
A. Aufrechnungsbefugnis der Insolvenzgläubiger im eröffneten Insolvenzverfahren (§§ 94–96 InsO)	745
I. Regelungszweck und Grundsätze	745
II. Die geschützten Aufrechnungslagen	746
1. Die gesetzliche Aufrechnungslage	746
2. Künftige Aufrechnungslagen (§ 95 InsO)	749
3. Insolvenzspezifische Beschränkungen der Aufrechnung im Insolvenzverfahren	750
4. Einzelne besondere Problembereiche	756
5. Aufrechnungslage durch Parteivereinbarung	757
III. Insolvenzrechtliche Sonderregelungen bezüglich der Aufrechenbarkeit	758
B. Aufrechnungsbefugnis für den Insolvenzverwalter	759

5. Teil. Geschäftsfortführung in der Insolvenz

§ 18. Der Geschäftsbetrieb in der Insolvenz – Rechtliche Grundlagen	761
A. Die Fortführungspflicht im Insolvenzverfahren	762
I. Gesetzliche Vorgaben	762
II. Die Fortführungspflicht im Insolvenzantragsverfahren	763
1. Der „starke“ vorläufige Insolvenzverwalter	763
2. Der „halbstarke“ vorläufige Insolvenzverwalter	764
3. Der „schwache“ vorläufige Insolvenzverwalter	764
4. Der bereits eingestellte Betrieb	765
III. Die Fortführungspflicht im eröffneten Verfahren	765
IV. Ausnahme von der Fortführungspflicht	766
1. Im Eröffnungsverfahren	766
2. Nach Verfahrenseröffnung	766
V. Entscheidungen der Gläubigerversammlung zur Betriebsfortführung	768
1. Stilllegung	768
2. Vorläufige Fortführung des Betriebes	768
B. Spezielle rechtliche Themen der Betriebsfortführung	769
I. Informationserteilung	769
II. Anpassung von Verträgen	770
1. Produktionsbetriebe und Projektgeschäft	770
2. Handel	772
3. Dienstleistung	772
4. Lieferantenbeziehung	773
5. Finanzierer	773

§ 19. Die wirtschaftlich-organisatorischen Maßnahmen zur Betriebsfortführung	776
A. Betriebsfortführung als zwingende Voraussetzung für eine erfolgreiche Sanierung	777
I. Handlungsebenen einer erfolgreichen Sanierung	777
II. Betriebsfortführung als Prozess	778
B. Insolvenzspezifische Prozesse der Betriebsfortführung	779
I. Vorbemerkung	779
II. Kurzfristige Bestandsaufnahme der betrieblichen Situation	779
1. Betriebswirtschaftliche Infrastruktur	779
2. Versicherungssituation	781
3. Inventur und rechtliche Zuordnung des Vermögens	781
4. Arbeitnehmersituation	783
5. Auftragsituation	785
III. Insolvenzspezifische Planung	786
1. Unterscheidung zwischen Ergebnis und Liquidität	786
2. Ergebnisplanung	788
3. Finanzplanung	791
IV. Finanzierung der Betriebsfortführung	793
1. Insolvenzgeld	793
2. Revolvierender Einsatz von Sicherheitenerlösen	794
3. Kundenanzahlungen bei Auftragsfertigung	797
4. Verlustfinanzierung bzw. Preiserhöhung bei Serienfertigung	797
5. Massekredit	799
V. Steuerung der Auftragsannahme	799
1. Kundenkommunikation	799
2. Annahme neuer Aufträge	800
VI. Steuerung der Lieferantenbestellungen	800
1. Lieferantenkommunikation und Erlangung von Lieferantenvertrauen	801
2. Zentralisierter Bestellprozess	801
VII. Management der Betriebsfortführung	802
1. Zusammenspiel von Insolvenzverwalter und Führungskräften	803
2. Steuerungsinformationen	803
C. Fazit	806

6. Teil Vertragsbeziehungen in der Insolvenz

§ 20. Einführung in das Insolvenzvertragsrecht	809
A. Die Wirkung der Insolvenzeröffnung auf Verträge allgemein	810
B. Wahlrecht oder Kündigung	811
C. Von §§ 103–119 InsO nicht geregelte Verträge	813

§ 21. Gegenseitige nicht vollständig erfüllte Verträge, §§ 103–107 InsO	813
A. Die Grundnorm § 103 InsO	814
I. Problem: die Einrede des nichterfüllten Vertrages	815
II. Voraussetzungen des § 103 InsO	817
1. Gegenseitigkeit des Vertrages	817
2. Beidseitigkeit der nicht erfüllten Leistungen	818
3. Unvollständigkeit der Leistungen	819
III. Die Rechtswirkungen des Wahlrechts	820
1. Insolvenzverwalter wählt Nichterfüllung	820
2. Insolvenzverwalter wählt Erfüllung	822
3. Insolvenzverwalter schweigt	824
4. Zusammenfassung	824
5. Sicherungsrechte Dritter	825
6. Aufrechnung durch Vertragspartner	826
7. Lösung der Musterfälle	826
IV. Ausübung des Wahlrechts	828
1. Allgemeines	828
2. Zeitpunkt der Erfüllungswahl	828
3. Form der Verwaltererklärung	830
B. Fixgeschäfte und Finanztermingeschäfte, § 104 InsO	830
I. Die unter § 104 InsO fallenden Verträge	830
II. Weitere Voraussetzungen	831
III. Rechtsfolge: Einschränkung des Wahlrechts	831
C. Teilbare Leistungen, § 105 InsO	831
I. Die Wirkungsweise des § 105 InsO	832
II. Die unter § 105 InsO fallenden Verträge	832
III. Erfüllungsablehnung durch Verwalter	833
IV. Verwalter wählt Erfüllung	833
1. Konsequenzen aus der Erfüllungswahl	833
2. Verbleibende Rechte des Vertragspartners	834
D. Durch Vormerkung gesicherter Erfüllungsanspruch, § 106 InsO	834
I. Allgemeine Voraussetzungen	834
II. Begriff der Vormerkung	835
III. Rechtsfolge: Einschränkung des Wahlrechts	837
IV. Hinweise für die Abwicklungspraxis	839
E. Kauf und Verkauf unter Eigentumsvorbehalt, § 107 InsO	839
I. Allgemeine Voraussetzungen	839
1. Kaufvertrag	839
2. Bewegliche Sache	839
3. Besitzübergang erfolgt	839
II. Schuldner als Verkäufer, § 107 Abs. 1 InsO	840
1. Schutz des Anwartschaftsrechts des Käufers	840
2. Wechselwirkung mit § 103	840

III. Schuldner als Käufer, § 107 Abs. 2 InsO	842
1. Grundsätzlich gilt: Wahlrecht des Verwalters gem. § 103 ..	842
2. Aber: Entscheidung erst nach dem Berichtstermin	842
3. Ausnahme: leicht verderbliche Ware	843
§ 22. Dauerschuldverhältnisse	844
A. Regelungsinhalt und systematische Stellung des § 108 InsO	846
I. Die Grundnorm § 108 InsO	847
II. Anwendungsbereich des § 108 InsO	848
1. Miet- und Pachtverhältnisse über unbewegliche Gegenstände oder Räume	848
2. Bewegliche Gegenstände oder Rechte, § 108 Abs. 1 S. 2 InsO	848
3. Dienstverhältnisse	850
4. Darlehensverträge	850
III. Ansprüche des Vertragspartners aus der Zeit vor der Insolvenzeröffnung, § 108 Abs. 3 InsO	852
IV. Absicherung durch § 119 InsO	852
B. Schuldner als Mieter oder Pächter von unbeweglichen Gegenständen oder Räumen, §§ 109, 112 InsO	852
I. Dem Schuldner bei Eröffnung schon überlassene Miet- und Pachtobjekte, § 109 InsO	852
1. Fortbestand des Miet- oder Pachtvertrages	853
2. Absicherung des Fortbestandes des Miet- oder Pachtverhältnisses durch Kündigungssperre, § 112 InsO	855
3. Sonderkündigungsrecht des Insolvenzverwalters	859
4. Konsequenzen aus der Vertragsbeendigung für Insolvenzverwalter	864
II. Dem Schuldner bei Eröffnung noch nicht überlassene Miet- und Pachtobjekte, § 109 Abs. 2 InsO	866
1. Voraussetzungen	866
2. Rücktrittsmöglichkeit für beide Vertragspartner	868
3. Absicherung des § 109 InsO durch § 119 InsO	871
C. Der Schuldner als Vermieter oder Verpächter, §§ 110, 111 InsO ..	871
I. Fortbestand des Miet- oder Pachtverhältnisses trotz Insolvenzeröffnung	871
1. Grundlagen des Fortbestands des Nutzungsverhältnisses ..	871
2. Miet- bzw. Pachtzinsforderung zur Masse ziehen	872
3. Gewährung vertragsgerechten Gebrauchs	877
II. Zwangsverwaltung	878
III. „Kalte“ Zwangsverwaltung	879
IV. Freigabe	880
V. Kündigung des Miet- oder Pachtverhältnisses	880
VI. Veräußerung von vermieteten oder verpachteten Immobilien, § 111 InsO	880
1. Vorüberlegung: Miet- und Pachtverträge bei Versteigerung	881

2. Hintergrund und Voraussetzungen des § 111 InsO	882
3. Folgen des § 111 InsO: Erleichterte Kündigungsmöglichkeit für den Erwerber	883
4. Schadensersatzanspruch des Mieters/Pächters	884
5. Absicherung des § 111 InsO durch § 119 InsO	884
D. Dienstverhältnisse unter Beteiligung des Schuldners, § 113 InsO ..	884
I. Dienstverhältnisse	884
II. Der Schuldner bzw. der Insolvenzverwalter als Dienstberechtigter (Dienstgeber, Arbeitgeber)	886
III. Der Schuldner als Dienstverpflichteter	886
§ 23. Aufträge, Geschäftsbesorgungsverträge und Vollmachten	887
A. Vorbemerkung	887
B. Die Regelungen in §§ 115–117 InsO	888
I. Von §§ 115, 116 InsO erfasste Verträge	888
II. Von § 117 InsO erfasste Vollmachten	889
III. Automatisches Erlöschen durch Insolvenzeröffnung	889
IV. Notgeschäftsführung (Eilgeschäfte), § 115 Abs. 2 InsO	890
1. Voraussetzungen der Notgeschäftsführung	890
2. Risiken für Auftragnehmer/Geschäftsbesorger	890
V. Handeln in Unkenntnis der Insolvenzeröffnung (keine Eilgeschäfte)	891
VI. Sonstiges Erlöschen von Vollmachten	892
VII. Exkurs: Pflicht zur Herausgabe von Unterlagen an den Verwalter	892
VIII. Absicherung der §§ 115–117 InsO durch § 119 InsO	893
C. Weitere Geschäftsführung in aufgelösten Gesellschaften, § 118 InsO infolge Gesellschafterinsolvenz	893
§ 24. Lösungsklauseln, § 119 InsO	896
A. Unwirksame Klauseln	896
B. Sonderfall: § 8 Nr. 2 Abs. 1 VOB/B 2000	897
C. Unbedenkliche Klauseln	898

7. Teil. Die Stellung der Kreditinstitute im Insolvenzverfahren

§ 25. Bankenverhalten/Bankengeschäfte im Vorfeld einer Kundeninsolvenz	899
A. Einleitung	899
B. Bankverbindung vor Insolvenzantrag	900
I. Bestandsaufnahme	901
II. Rechtliche Risiken bei außergerichtlicher Sanierung	902
1. Stillhalten	902

2. Einräumung neuer Kredite	902
3. Knebelung des Schuldners, insbesondere faktische Übernahme der Geschäftsführung	905
III. StaRUG (2021) – Überblick aus Bankensicht	906
1. Kredite und Sicherheiten im Restrukturierungsplan	907
2. Stabilisierungsmaßnahmen	907
3. Finanzierung des Verfahrens und Neufinanzierung	909
IV. Insolvenzantragstellung durch die Bank	910
1. Wirtschaftliche Überlegungen	910
2. Rechtliche Voraussetzungen	911
3. Sonstige Einflussfaktoren	912
V. Veräußerung notleidender Kredite	912
§ 26. Bankenverhalten/Bankengeschäfte in der Kundeninsolvenz	913
A. Bankverbindung im Eröffnungsverfahren	914
I. Allgemeines	914
II. Sofortmaßnahmen der Bank nach Antragstellung	915
1. Feststellung der Geschäftsverbindung	915
2. Kontosperrung	916
3. Auskunft an den vorläufigen Insolvenzverwalter	917
III. Geschäftsbeziehung im Eröffnungsverfahren	917
1. Allgemeines	917
2. Neugeschäft, insbesondere Kreditierung	923
IV. Widerspruch des Insolvenzverwalters im (früheren) Lastschriftinzugsverfahren	926
1. Konsequenzen der gesetzlichen Neuregelung der §§ 675c ff. BGB	926
2. Konsequenzen für die Bankpraxis	926
B. Bankverbindung im eröffneten Verfahren	927
I. Regelabwicklung	927
1. Allgemeines	927
2. Sicherheitenverwertung in der Regelabwicklung	931
II. Planverfahren	941
1. Mögliche Auswirkungen von Insolvenzplänen auf die Position der Bank	942
2. Begleitung eines Insolvenzplanverfahrens durch die Bank ..	944
III. Verbraucherinsolvenzverfahren/Restschuldbefreiungsverfahren	947
1. Außergerichtliche Schuldenbereinigung	947
2. Gerichtliche Schuldenbereinigung	948
3. Insolvenzverfahren	951
4. Restschuldbefreiung	952

8. Teil. Arbeits- und Sozialrecht in der Insolvenz

§ 27. Individualarbeitsrecht	953
A. Einleitung	955
B. Das Arbeitsverhältnis in der Insolvenz	955
I. Allgemeines	955
II. Auswirkungen der Insolvenzeröffnung auf das Arbeitsverhältnis	957
III. Arbeitsrechtliche Stellung des vorläufigen Insolvenzverwalters	958
1. Vorläufige Insolvenzverwaltung bei Anordnung eines all- gemeinen Verfügungsverbots	958
2. Vorläufige Insolvenzverwaltung ohne Anordnung eines all- gemeinen Verfügungsverbots	960
IV. Rangordnung der Arbeitnehmeransprüche im System der InsO	961
1. Allgemeines	961
2. Ansprüche aus dem Arbeitsverhältnis im Einzelnen	963
C. Beendigung des Arbeitsverhältnisses in der Insolvenz	973
I. Allgemeines	973
II. Einvernehmliche Aufhebung des Arbeitsverhältnisses	973
III. Beendigungskündigung	974
1. Kündigungserklärung und Zugang	974
2. Kündigungsfrist	976
3. Betriebsratsanhörung	977
4. Kündigungsrechtliche Stellung der Organvertreter der Schuldnerin	980
IV. Allgemeiner Kündigungsschutz in der Insolvenz	981
1. Allgemeines/Kündigungsgrund	981
2. Betriebsbedingte Kündigung	981
3. Prozessuale Grundsätze zu Betriebsstilllegung und Betriebs- übergang	988
4. Personenbedingte Kündigung	991
5. Verhaltensbedingte Kündigung	991
6. Außerordentliche Kündigung	992
7. Änderungskündigung	994
V. Besonderer Kündigungsschutz in der Insolvenz	995
1. Mutterschutz und Elternzeit	995
2. Schwerbehindertenschutz	997
3. Schutz der Betriebsverfassungsorgane	1001
4. Weitere Arbeitsverhältnisse mit besonderem Kündigungs- schutz	1005
VI. Befristetes Arbeitsverhältnis	1006
1. Befristung ohne Sachgrund	1006
2. Befristung mit Sachgrund	1006
3. Ende des befristeten Arbeitsverhältnisses	1007
VII. Ausbildungsverhältnis	1007

D. Anzeigepflicht des Insolvenzverwalters im Rahmen von Massenentlassungen	1008
I. Allgemeines	1008
II. Anwendungsbereich der Massenentlassungsvorschriften	1008
1. Betrieblicher Geltungsbereich	1008
2. Maßgebliche Größenordnung	1009
3. Persönlicher Geltungsbereich	1010
4. Zeitraum der Entlassungen	1011
5. Entlassung und gleichgestellte Beendigungstatbestände	1011
III. Erstattung der Massenentlassungsanzeige	1012
1. Zeitpunkt, Form und Adressat	1012
2. Inhalt und Anlagen	1013
IV. Rechtsfolgen der Anzeige	1014
1. Sperrfrist und Freifrist	1014
2. Un-/Wirksamkeit der Anzeige und Verhältnis zum Indivi- dualkündigungsschutz	1014
§ 28. Kollektives Arbeitsrecht	1015
A. Betriebsverfassungsrechtliche Aspekte der Insolvenz	1020
I. Betriebsverfassung in der Insolvenz	1020
1. Grundlegendes	1020
2. Das Einigungsstellenverfahren	1027
3. Betriebsvereinbarungen in der Insolvenz	1028
II. Interessenausgleich in der Insolvenz	1032
1. Grundlegendes	1032
2. Der Interessenausgleich	1033
3. Arten des Interessenausgleichsverfahrens, Allgemeines	1049
4. Rechtsmittel gegen die Entscheidung des Arbeitsgerichtes; Verhältnis zu §§ 125 und 126 InsO	1068
5. Das Konsultationsverfahren	1070
III. Betriebsänderung ohne Interessenausgleich	1075
1. Maßnahmen ohne Interessenausgleich trotz Verpflichtung .	1075
2. Inhalt der Nachteilsausgleichsansprüche	1076
3. Abweichung von einem Interessenausgleich	1076
4. Betriebsänderung und der vorläufige Insolvenzverwalter ..	1077
5. Unterlassungsanspruch des Betriebsrates	1079
IV. Insolvenzsozialplan	1080
1. Grundlagen, Begriff und Inhalt des Sozialplanes	1080
2. Erzwingbarkeit eines Sozialplanes gemäß § 112a BetrVG ..	1085
3. Sozialplanprivileg neugegründeter Unternehmen	1087
4. Begrenzung des Sozialplanvolumens in der Insolvenz	1087
5. Sozialplan vor Insolvenzeröffnung, § 124 InsO	1093
V. Besondere Beschlussverfahren zur Vereinheitlichung und Beschleunigung der Durchsetzung von Betriebsänderungen ...	1096
1. Besonderes Beschlussverfahren zum Kündigungsschutz ge- mäß § 126 InsO	1096
2. Verfahrensbeteiligte	1097

3. Entscheidung des Gerichtes	1098
4. Bindungswirkung, § 127 InsO	1099
5. Anhörung des Betriebsrates nach Durchführung des Verfahrens gemäß § 126 InsO	1100
6. Betriebsveräußerung in der Insolvenz	1100
7. Wirkung des § 128 InsO	1102
B. Übertragende Sanierung; § 613a BGB; Möglichkeiten des SGB III	1102
I. Der Betriebsübergang in der Insolvenz gemäß § 613a BGB ...	1102
1. Normzweck und Anwendbarkeit des § 613a BGB in der Insolvenz	1102
2. Geltungsbereich der Norm	1103
3. Tatbestand der Norm des § 613a BGB	1103
4. Haftungsrechtliche Besonderheiten in der Insolvenz.	1109
5. Rechtsfolgen	1109
6. Widerspruchsrecht des Arbeitnehmers	1112
II. Transfergesellschaften	1114
1. Grundlagen des Modells	1114
2. Voraussetzungen zur Gewährung von Transferkurzarbeitergeld	1117
3. Wirtschaftliche Betrachtung des Modells Transfergesellschaft	1117
4. Abwägungsgedanken zu dem gesetzlichen Modell des § 216b SGB III	1119
5. Die Transfergesellschaft und § 613a BGB	1121
III. Transfermaßnahmen iSv § 110 SGB III	1122
1. Grundlegendes	1122
2. Wesentliche Anspruchsvoraussetzungen § 110 SGB III	1123
3. Höhe der Zuschüsse	1123
4. Gleichzeitige Anwendung der §§ 110, 111 SGB III	1124
C. Anhang	1125
I. Anlage 1	1125
II. Anlage 2	1128
III. Anlage 3	1134
IV. Anlage 4	1137
§ 29. Insolvenzgeld	1140
A. Vorbemerkung	1143
B. Allgemeine Einführung	1144
C. Entwicklung des Insolvenzgeldes	1145
D. Gemeinschaftsrechtliche Aspekte	1146
E. Anspruchsvoraussetzungen	1147
I. Begriff des Arbeitnehmers/der Arbeitnehmerin und des Arbeitgebers	1148
1. Arbeitnehmer/Arbeitnehmerin	1148

2. Arbeitgeber	1149
3. Einzelfragen	1150
II. Insolvenzeroignis	1152
1. Eröffnung des Insolvenzverfahrens	1153
2. Abweisung mangels Masse	1154
3. Vollständige Beendigung der Betriebstätigkeit	1154
4. Sperrwirkung	1156
5. Neues Insolvenzeroignis nach wiederhergestellter Zahlungsfähigkeit	1156
6. Aufhebung eines Eröffnungsbeschlusses	1157
III. Insolvenzgeld-Zeitraum	1158
1. Beendigung des Arbeitsverhältnisses	1159
2. Bestimmung des individuellen Insolvenzgeld-Zeitraums	1159
IV. Arbeitsentgelt-Ansprüche im Sinne des Insolvenzgeldes	1161
1. Arbeitsentgelt – Ansprüche (Überblick)	1162
2. Beitragszuschüsse des Arbeitgebers	1162
3. Schadensersatz- und Schädigungsansprüche	1163
4. Schadensersatzansprüche iZm Kurzarbeiter- oder Wintergeld	1163
5. Nebenforderungen	1163
6. Entgeltumwandlung	1163
V. Insolvenzgeld-Anspruch bei Arbeitnehmerüberlassung	1164
VI. Insolvenzgeld-Anspruch des Erben	1165
VII. Zuordnung der Arbeitsentgeltansprüche zum Insolvenzgeld-Zeitraum	1166
1. Laufendes Arbeitsentgelt	1166
2. Flexible Arbeitszeitregelungen nach § 7 Abs. 1a SGB IV	1166
3. Sonstige flexible Arbeitszeitregelungen	1167
4. Sonderzuwendungen	1167
5. Anteilige Berücksichtigung	1167
6. Volle Berücksichtigung	1168
7. Festlegung eines Auszahlungszeitpunkts	1168
8. Urlaubsgeld	1169
9. Provisionsansprüche	1169
10. Zielvereinbarungen	1170
VIII. Sachverhalte mit Auslandsberührung	1170
F. Anspruchsausschluss	1171
I. Ansprüche wegen der Beendigung des Arbeitsverhältnisses	1171
II. Ansprüche für die Zeit nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses	1171
III. Anfechtbare Arbeitsentgeltansprüche	1172
IV. Erstattungspflicht	1173
G. Höhe des Insolvenzgeldes	1173
I. Ermittlung der steuerlichen Abzüge	1175
II. Fiktive Steuerberechnung	1176
III. Ermittlung der Sozialversicherungsbeiträge	1177

IV. Abschlagszahlungen des Arbeitgebers	1177
V. Leistungen, die der Arbeitnehmer nicht mehr beanspruchen kann	1178
1. Anderweitiges Arbeitsentgelt	1179
2. Übergegangene Arbeitsentgeltansprüche	1179
3. Aufrechnung	1179
4. Vorschuss	1180
H. Vorschussregelungen	1180
I. Vorschuss vor Eintritt des Insolvenzereignisses	1181
1. Höhe des Vorschusses	1182
2. Glaubhaftmachung	1183
3. Überzahlung	1183
II. Vorschuss nach Eintritt des Insolvenzereignisses	1183
III. Vorläufige Entscheidung	1184
I. Insolvenzgeldanspruch Dritter	1185
I. Abtretung des Arbeitsentgeltanspruchs	1185
II. Erwerb eines Pfandrechts am Arbeitsentgeltanspruch	1186
III. Erwerb des Insolvenzgeldanspruchs	1186
IV. Kollektive Vorfinanzierung (Anspruchsausschluss)	1187
1. Zustimmung der Agentur für Arbeit	1188
2. Prognoseentscheidung	1188
3. Erhaltung von Arbeitsplätzen	1189
4. Dauerhaftigkeit	1190
5. Indizien für dauerhaften Arbeitsplatzertalt	1190
6. Beschränkte Zustimmung	1191
7. Verfahren	1191
J. Zahlung von Pflichtbeiträgen bei Insolvenzereignis	1192
I. Beitragsanspruch, Beitragsnachweis	1192
II. Ende der Versicherungspflicht	1193
III. Nebenforderungen	1194
IV. Beitragsanspruch bei Arbeitnehmerüberlassung	1194
V. Beitragszahlungszeitraum	1195
VI. Beiträge, die auf Einmalzahlungen entfallen	1195
VII. Konkurrierende Beitragspflichten	1195
VIII. Meldeverfahren	1196
1. Allgemeines	1196
2. Abgabegründe	1197
3. Weiterbeschäftigung	1197
IX. Beantragung des Gesamtsozialversicherungsbeitrags	1197
K. Verfahren bei der Inanspruchnahme des Insolvenzgeldes durch Arbeitnehmer oder Dritte	1199
I. Antragsverfahren	1200
1. Sammelanträge	1200
2. Benutzung von Vordrucken	1200

3. Zuständigkeit	1201
4. Anspruchsübergang	1201
II. Ausschlussfrist	1201
1. Fristberechnung	1202
2. Versäumung der Ausschlussfrist	1202
III. Örtlich zuständige Agentur für Arbeit	1205
IV. Auskunft- und Bescheinigungspflicht	1207
1. Auskunftspflicht	1207
2. Insolvenzgeldbescheinigung	1207
3. Berechnungs- und Auszahlungspflicht	1209
V. Untersuchungsgrundsatz	1209
VI. Bescheide, Rechtsbehelfe, Auszahlungsverfahren	1210
1. Bescheide und Rechtsbehelfe	1210
2. Auszahlungsverfahren	1210
L. Anspruchsübergänge	1211
I. Anmeldung der übergegangenen Ansprüche im Insolvenzverfahren	1211
II. Geltendmachung der Masseverbindlichkeiten	1212
1. Nach Eröffnung entstandene Ansprüche	1212
2. Vor Eröffnung entstandene Ansprüche	1212
3. Realisierung	1213
4. Keine Verfahrenseröffnung	1213
III. Geltendmachung übergegangener Ansprüche außerhalb des Insolvenzverfahrens	1214
IV. Ansprüche gegen Dritte (Haftung der Gesellschafter, Schadensersatzansprüche)	1215
V. Anwendung des § 613a BGB	1217
1. Haftungssituation	1219
2. Beispiel für eine Haftungssituation in der Praxis	1219
3. Umgehungsgeschäfte	1220
VI. Progressionsvorbehalt, steuerliche Behandlung der Arbeitsentgeltansprüche	1221
VII. Aufbringung der Mittel (Umlage)	1222
M. Vergleich, Stundung und Forderungsverzicht	1223
I. Vergleich	1223
II. Stundung einer Forderung	1224
1. Erhebliche Härte	1224
2. Keine Gefährdung der Forderung	1224
III. Erlass einer Forderung	1225
N. Gleichwohlgewährung von Arbeitslosengeld	1225
§ 30. Betriebliche Altersversorgung in der Insolvenz	1226
A. Allgemeines	1228
I. Stand der betrieblichen Alterssicherung	1228

II. Der Pensions-Sicherungs-Verein als Träger der gesetzlichen Insolvenzversicherung (§ 14 BetrAVG)	1229
III. Notwendigkeit zur Insolvenzversicherung	1230
B. Der Anspruch auf Insolvenzversicherung (§ 7 BetrAVG)	1231
I. Begriff der betrieblichen Altersversorgung	1231
1. Betriebliche Altersversorgung	1231
2. Anspruchsgrundlagen	1231
3. Durchführungswege	1232
4. Zusageformen	1232
5. Finanzierung der betrieblichen Altersversorgung	1234
6. Form der Leistungen	1236
II. Insolvenzgesicherte Durchführungswege	1237
1. Allgemeines	1237
2. Unmittelbare Versorgungszusage	1237
3. Mittelbare Versorgungszusagen	1237
III. Der Sicherungsfall	1246
1. Allgemeines	1246
2. Die einzelnen Sicherungsfälle	1246
IV. Nicht-Erfüllung der Versorgungsansprüche	1249
1. Nicht-Erfüllung	1249
2. Exkurs: Auswirkung der Insolvenz des Arbeitgebers auf Ver- sorgungsansprüche	1249
V. Insolvenzgesicherte Versorgungsrechte	1253
1. Bei Eintritt des Sicherungsfalls bestehende Versorgungs- ansprüche (§ 7 Abs. 1 BetrAVG)	1253
2. Nach Eintritt des Sicherungsfalls entstehende Versorgungs- ansprüche (§ 7 Abs. 2 BetrAVG)	1255
VI. Höhe der der gegen den PSVaG gerichteten Ansprüche	1258
1. Grundsatz	1258
2. Höchstgrenzen der gegen den PSVaG gerichteten Ansprü- che	1259
3. Anpassung von Versorgungsleistungen und -anwartschaften	1260
4. Anzurechnende Leistungen	1261
5. Einschränkungen im Katastrophenfall	1261
VII. Versicherungsmissbrauch (§ 7 Abs. 5 BetrAVG)	1261
VIII. PSVaG und Insolvenzplan (§§ 7 Abs. 4 S. 2–5, 9 Abs. 4 BetrAVG)	1263
IX. Übergang von Versorgungsverpflichtungen nach § 613a BGB	1265
1. Grundsatz	1265
2. Betriebsübergang in der Insolvenz	1266
3. Betriebsveräußerung vor Insolvenz	1268
X. Kein gesetzlicher Insolvenzschutz für Unternehmerpensionszusagen (§ 17 BetrAVG)	1268
XI. Private Insolvenzversicherung von Versorgungszusagen	1269
1. Rückdeckungsversicherungen	1269
2. Treuhandvereinbarungen	1272

C. Übertragung der Leistungspflicht und Abfindung (§§ 8, 8a BetrAVG)	1273
I. Übertragung der Leistungspflicht (§ 8 BetrAVG)	1273
II. Abfindung von Kleinstrenten und -anwartschaften durch den PSVaG (§ 8a BetrAVG)	1273
D. Mitteilungspflicht des PSVaG; Anspruchs- und Vermögensübergang (§ 9 BetrAVG)	1274
I. Mitteilungspflicht des PSVaG (§ 9 Abs. 1 BetrAVG)	1274
II. Gesetzlicher Forderungsübergang (§ 9 Abs. 2 BetrAVG)	1275
III. Vermögensübergang bei Unterstützungskassen, Pensionskassen und Pensionsfonds (§ 9 Abs. 3, 3a und 3b BetrAVG)	1277
E. Beitragspflicht und Beitragsbemessung (§§ 10, 30 Abs. 2, 30i BetrAVG)	1278
I. Beitragserhebung durch den PSVaG als beliehenem Unternehmer (§ 10 Abs. 1 BetrAVG)	1278
II. Beitragsaufkommen und Beitragsbemessung (§ 10 Abs. 2 und 3 BetrAVG)	1279
III. Einmalbetrag gem. § 30i BetrAVG	1279
IV. Säumniszuschläge und Verzinsung (§ 10a Abs. 1 und 2 BetrAVG)	1280
V. Zwangsvollstreckung (§ 10 Abs. 4 BetrAVG)	1280
VI. Verjährung (§ 10a Abs. 4 BetrAVG)	1280
F. Mitwirkungspflichten; Ordnungswidrigkeiten; Verschwiegenheitspflicht (§§ 11, 12 und 15 BetrAVG)	1280
G. Insolvenz des Versorgungsberechtigten	1281

9. Teil. Gesellschaftsrecht in der Insolvenz

§ 31. Gesellschaftsrechtliche Folgen der Insolvenz	1289
A. Einleitung	1290
B. Kapitalgesellschaften	1291
I. Kapitalaufbringung und Kapitalerhaltung	1291
1. Kapitalaufbringung	1291
2. Kapitalerhaltung	1301
II. Gesellschafterleistungen	1302
1. Nachrang	1303
2. Anfechtungen von Befriedigung auf Darlehen und gleichgestellte Forderungen	1304
3. Gebrauchsüberlassung	1305
4. Einbeziehung von Dritten	1308
III. Vertretungsorgane der Gesellschaft in der Insolvenz	1310
1. Stellung im Verfahren	1310
2. Pflichten der Vertretungsorgane	1311

IV. Die Gesellschafter in der Insolvenz	1314
1. Führungslosigkeit von Gesellschaften	1314
2. Insolvenzantragspflicht	1315
C. Personengesellschaften	1315
I. Konstellationen einer Insolvenz	1316
1. Alleinige Gesellschaftsinsolvenz	1316
2. Doppelinsolvenz	1316
3. Alleinige Gesellschafterinsolvenz	1316
II. Forderungen der Insolvenzmasse bei Gesellschaftsinsolvenz ...	1317
1. Einlage	1317
2. Nachschusspflicht	1318
3. Gesellschafterhaftung	1319
§ 32. Einführung in die Insolvenz von Unternehmensgruppen ..	1321
A. Wege zum Konzerninsolvenzrecht, Erscheinungsformen und Begriffe	1325
I. Defizit der inländischen Insolvenzregelwerke in Konkursordnung und Insolvenzordnung vor dem Gesetz zur Erleichterung der Bewältigung von Konzerninsolvenzen (2017)	1325
II. Der europäische Gesetzgeber des unionsrechtlichen Internationalen Insolvenzrechts und das Konzerninsolvenzrecht	1326
1. Entwicklung im Internationalen Insolvenzrecht der Union	1326
2. Problematik der internationalen Zuständigkeit in „Konzernfällen“ ohne kodifiziertes internationales Konzerninsolvenzrecht	1326
III. Zwangsläufigkeit der Insolvenz sämtlicher Konzern- bzw. Gruppengesellschaften bei Insolvenz einer gruppenzugehörigen Gesellschaft?	1327
1. Keine Dominotheorie, keine Monokausalität der Unternehmensgruppeninsolvenz	1327
2. Vermeidung des „Dominoeffektes“ durch (Finanz)Gläubiger	1327
IV. Der Begriff der Konzerninsolvenz (Gruppeninsolvenz)	1329
1. (Funktionsbezogene) Abweichungen des Konzernbegriffs zwischen den Definitionen der gruppeninternen Drittsicherheiten und der Konzerninsolvenz	1329
2. Zentrale Rolle des § 3e InsO für das Verständnis von Unternehmensgruppe/Konzern für die „Konzerninsolvenz“	1330
3. Konzernbegriff im europäischen Internationalen Insolvenzrecht, Zusammenhang mit der internationalen Zuständigkeit	1331
4. Schnittstellenproblematik bei den Koordinationsverfahren zur Konzerninsolvenz zwischen Insolvenzordnung und EuInsVO (2015)	1332
V. Internationale Zuständigkeiten nach der EuInsVO (2015)	1332
1. Anknüpfungsnorm	1332

2. Keine Relevanz der Bedeutung des antragstellenden Unternehmens	1333
VI. „Konzerninsolvenz“ als Gruppenkoordination, nicht als formelle oder materielle Konsolidierung	1333
1. Aufrechterhaltung des Grundsatzes des Einzelverfahren für jeden Insolvenzschuldner der Gruppe	1333
2. Fallkonstellationen konzernweiter Absicherung von institutionellen Gläubigern („sophisticated creditors“)	1333
3. Einzelinsolvenzverfahren versus materielle Konsolidierung	1335
B. Das Phänomen „Konzern“	1337
I. Erscheinungsformen	1337
1. „Konzern“/Unternehmensgruppe als betriebswirtschaftliches und rechtliches Phänomen	1337
2. Konzernbegriffe in handels- und gesellschaftsrechtlichen Regelwerken	1339
II. Betriebswirtschaftliche Aspekte von „Konzern“ bzw. „Unternehmensgruppe“	1344
1. Strukturen, Wertschöpfungsketten, Produkte und Dienstleistungen	1344
2. Organisatorische, leistungswirtschaftliche und rechtliche Verflechtungen im Konzern an Beispielen	1346
III. Schlussfolgerungen für die Vorbereitung und Durchführung einer Konzerninsolvenz	1347
C. Die Gruppeninsolvenz in der Insolvenzordnung	1350
I. Der Gruppengerichtsstand, Zuständigkeiten – Schlüsselfunktionen der §§ 3a ff. InsO	1350
1. Einstieg in die Gruppeninsolvenz, § 3a InsO	1350
2. Perpetuatio fori und andere Konstellationen der §§ 3b–3e InsO	1353
II. „Gruppeninsolvenzverwalter“, § 56b InsO	1354
III. Verfahrenskoordination der Gruppenunternehmen, §§ 269a–269i InsO	1356
1. Kooperation der Organe des Verfahrens, §§ 269a–269c InsO	1356
2. Koordinationsgericht und Verfahrenskoordinator, §§ 269d–269g InsO	1358
3. Koordinationsplan	1360
D. Die Konzerninsolvenz im internationalen Insolvenzrecht der EuInsVO 2015, „Konzerninsolvenz“ im Verhältnis zu Drittstaaten	1362
I. Strukturen	1362
II. Zusammenarbeit und Kommunikation der Verwalter in den grenzüberschreitenden Fällen	1363
III. Das Koordinierungsverfahren, Art. 61–70 EuInsVO	1366
IV. Allgemeine Vorschriften, Art. 71–77	1370
V. Exkurs: Internationales Konzerninsolvenzrecht im Verhältnis zu Drittstaaten	1374

1. Ausgangslage bei Drittstaatenbezügen	1374
2. EuInsVO, InsO und Drittstaatenbezug in der Unternehmensgruppe	1375
3. Instrumentarien in der Konzerninsolvenz in Drittstaatenfällen	1375
E. Konzernsanierung ohne Insolvenz mit den Instrumenten des StaRUG?	1376
I. Kein im Einzelnen ausdifferenziertes Konzern-Koordinationsverfahren	1376
II. Identität der Problematik hier und in der Koordinierung der Verfahren in der Insolvenz	1377
III. Die gemeinsame Klammer des Gruppen- Restrukturierungsgerichts und die gruppeninternen Drittsicherheiten sowie weitere Instrumente	1377
1. Das Gruppen-Restrukturierungsgericht	1377
2. Die gruppeninternen Drittsicherheiten, weitere Instrumente	1378
IV. Grenzüberschreitende Konzern- Restrukturierung mit Instrumenten des StaRUG	1378
§ 33. Haftung der Organe, Gesellschafter und handelnde Personen	1379
A. Haftung der Leitungsorgane	1380
I. Die Innenhaftung der Leitungsorgane	1381
1. Haftung wegen falscher Angaben bei Gründung oder Kapitalerhöhung	1381
2. Pflicht zur Erhaltung des Kapitals	1381
3. Pflicht zur Anzeige des hälftigen Verlusts des Kapitals	1382
4. Pflicht zur ordnungsgemäßen Geschäftsführung	1382
5. Pflichtverletzung in der Sanierung	1385
6. Haftung für Zahlungen bei verspäteter Insolvenzantragstellung	1385
7. Haftung wegen Herbeiführung der Zahlungsunfähigkeit ..	1388
II. Außenhaftung der Leitungsorgane	1388
1. Haftung wegen Insolvenzverschleppung	1388
2. Haftung für Sozialversicherungsbeiträge und Steuerschulden	1389
3. Sonstige Anspruchsgrundlagen	1390
B. Haftung anderer Organe	1391
I. Haftung des Aufsichtsrats wegen Pflichtverletzung	1391
II. Insolvenzverschleppungshaftung des Aufsichtsrats und der Gesellschafter	1393
III. Existenzvernichtungshaftung der Gesellschafter	1393
IV. Weitere Ansprüche aus Innenhaftung der Gesellschafter	1394
V. Außenhaftung der Gesellschafter	1395

10. Teil. Rechnungslegung und Steuerrecht in der Insolvenz

§ 34. Buchführung, Rechnungslegung	1397
I. Normierte Pflichten zur Rechnungslegung in der InsO	1397
II. Gültigkeit der allgemeinen Rechnungslegungsvorschriften	1398
III. Rechnungslegungspflichten	1401
IV. Dokumentation und Prüfung	1403
V. Offenlegung	1404
VI. Nebeneffekte	1404
VII. Sicherstellen der Daten	1404
VIII. Theorie und Praxis	1405
§ 35. Steuern in der Insolvenz	1407
I. Zusammenspiel von Steuerrecht und Insolvenzrecht	1408
1. Gibt es ein Insolvenzsteuerrecht?	1408
2. Insolvenzforderung oder Masseverbindlichkeit	1408
3. Der § 55 InsO	1409
II. Geltendmachung der Abgabenansprüche	1411
1. Nicht die Insolvenzmasse betreffenden Steuern	1411
2. Verwaltungsakte gegen die Insolvenzmasse	1414
3. Aufrechnung und Verrechnung	1416
III. Verpflichtung zu Rechnungslegung und Steuerdeklaration	1417
1. Rechnungslegung	1417
2. Steuerdeklaration	1417
IV. Umsatzsteuer	1420
1. Vorbemerkung	1420
2. Umsatzsteuerliche Stellung des Unternehmens	1421
3. Umsatzsteuerberichtigung wegen rechtlicher Uneinbringlichkeit offener Forderungen	1421
4. Berichtigungen beim Vorsteuerabzug aus offenen Eingangrechnungen	1423
5. Weitere Anlässe für eine Berichtigungen beim Vorsteuerabzug	1424
6. Kostenbeiträge und Umsatzsteuer	1425
7. Verwertung von Sicherungsgut	1426
8. Verwertung von zur Sicherheit abgetretener Forderungen	1427
9. Waren unter Eigentumsvorbehalt	1428
10. Umsatzsteuer-Organschaft in der Insolvenz	1428
11. Anrechnung der Umsatzsteuer-Sondervorauszahlung	1428
12. Weitere Regelungen nach Verfahrenseröffnung	1429
V. Einkommensteuer	1429
VI. Körperschaftsteuer	1434
VII. Gewerbesteuer	1435
VIII. Grunderwerbsteuer	1436
IX. Grundsteuer	1436
X. Kraftfahrzeugsteuer	1437
XI. Steuerabzug bei Bauleistungen	1437

XII. Lohnsteuer	1438
XIII. Insolvenzspezifische Arbeitnehmersachverhalte	1441
XIV. Steuerliche Nebenleistungen	1442
XV. Steuerabzugsbeträge und Vorauszahlungen	1443
XVI. Steuerliche Auswirkungen von Anfechtungen	1444
XVII. Steuerliche Aspekte in der Fortführungsplanung	1444
XVIII. Steuerliche Aspekte der Unternehmenssanierung	1445
1. Gibt es ein Sanierungssteuerrecht?	1445
2. Sanierungsgewinne	1445
3. Nutzung von Verlustvorträgen	1447
4. Leistungswirtschaftliche Sanierungsmaßnahmen	1447
5. Zuführung von Fremdkapital – Zinsschranke	1447
6. Aufnahme neuer Gesellschafter	1447
7. Debt-to-Equity Transaktionen	1448
8. Unternehmensnachfolge	1450
XIX. Kommunikation mit den Finanzbehörden	1450
1. Klärung Steuerkonto	1450
2. Verbindliche Auskunft	1451
XX. Steuerliche Folgen für weitere Beteiligte	1451
1. Anteile nach § 17 EStG	1451
2. Insolvenzbedingter Ausfall einer privaten Darlehensforderung	1452
3. Betriebsaufspaltungen	1452
4. Haftungsfolgen	1454

11. Teil. Öffentliches Recht in der Insolvenz

§ 36. Öffentlich-rechtliche Verantwortlichkeiten, Aufgaben und Befugnisse des Insolvenzverwalters	1455
A. Problemaufriss	1456
I. Sichtweise des Insolvenzverwalters	1457
II. Sichtweise der Behörde	1457
III. Annäherung	1458
B. Öffentlich-rechtliche Verantwortlichkeiten	1459
I. Verantwortlichkeiten im Allgemeinen	1459
1. Verhaltensverantwortlichkeit	1459
2. Zustandsverantwortlichkeit	1460
II. Umweltrechtliche Verantwortlichkeiten im Besonderen	1461
1. Betreiber bzw. Inhaber von Anlagen	1461
2. Abfallerzeuger bzw. -besitzer	1465
3. Verantwortlichkeit nach Bundes-Bodenschutzgesetz und deren Begrenzung	1467
III. Insolvenzrechtliche Bedeutung der Verantwortlichkeiten	1469
1. Insolvenzrechtliche Irrelevanz der abstrakten Polizeipflicht	1470
2. Insolvenzrechtliche Relevanz der konkreten Polizeipflicht	1471
3. Inanspruchnahme des vorläufigen Insolvenzverwalters	1480
4. Mehrheit von Verantwortlichen	1482

C. Freigabe	1486
I. Zulässigkeit der Freigabe	1488
II. Ordnungsrechtliche Folgen der Freigabe	1489
D. Öffentlich-rechtliche Befugnisse	1493
I. Personenbezogene Konzessionen	1493
II. Sachkonzessionen	1494
E. Öffentliche Abgaben	1495
F. Rechtsschutzproblematik	1499
I. Verwaltungsgerichtliches Verfahren	1500
II. Verwaltungs- und Widerspruchsverfahren	1501
III. Verwaltungsvollstreckung	1503
IV. Informationszugang	1504
§ 37. Insolvenzstrafrecht	1506
A. Allgemeines	1510
I. Vorbemerkung	1510
II. Die gesetzlichen Grundlagen des Insolvenzstrafrechts	1510
1. Terminologie	1510
2. Die wirtschaftliche Krise	1511
III. Täterkreis	1513
1. Gesetzlich Verantwortliche	1513
2. Faktische Organe	1513
3. Strafbarkeit von Beratern, Insolvenzverwaltern u. a.	1515
IV. Folgen von Insolvenzstraftaten	1516
1. Amtsunfähigkeit	1516
2. Restschuldbefreiung	1516
3. Gewerberechtliche Unzuverlässigkeit	1516
B. Insolvenzverschleppung	1517
I. Allgemeines	1517
II. Strafbarkeit (vorwiegend am Beispiel der GmbH)	1518
1. Täterkreis	1518
2. Objektiver Tatbestand	1521
3. Subjektiver Tatbestand und Irrtum	1523
4. Rechtswidrigkeit und Unzumutbarkeit der Antragstellung	1525
III. Stabilisierungs- und Restrukturierungsrahmen	1525
1. Unrichtige Angaben bei Anzeige der Restrukturierungs-	
sache	1525
2. Aufhebung der Restrukturierungssache	1525
3. Anzeige von Zahlungsunfähigkeit oder Überschuldung ...	1525
C. Bankrott	1526
I. Allgemeines	1526
1. Überblick und Systematik	1526
2. Täterkreis	1527
3. Krisensituation und Strafbarkeitsbedingung nach Abs. 6 ...	1529

II. Vermögensschädigende Handlungen	1530
1. Beiseiteschaffen und Verheimlichen von Vermögensbestand- teilen (Abs. 1 Nr. 1)	1530
2. Verlustgeschäfte und unwirtschaftliche Ausgaben (Abs. 1 Nr. 2)	1531
3. Warenbeschaffung auf Kredit (Abs. 1 Nr. 3)	1532
4. Vortäuschen von Rechten (Abs. 1 Nr. 4)	1532
5. Sonstiges Verringern (Abs. 1 Nr. 8)	1532
III. Buchführungsverstöße (§ 283 Abs. 1 Nr. 5 und 6)	1533
1. Unterlassene oder unordentliche Buchführung, § 283 Abs. 1 Nr. 5	1533
2. Beiseiteschaffen und Verheimlichen von Handelsbüchern ..	1534
IV. Bilanzverstöße (Abs. 1 Nr. 7)	1535
1. Bilanzierungspflicht	1535
2. Tathandlung	1535
V. Verhältnis zu Untreue	1538
VI. Subjektiver Tatbestand und Versuch	1539
1. Vorsatz	1539
2. Fahrlässigkeit	1539
3. Versuch	1540
D. Verletzung der Buchführungspflicht (§ 283b StGB)	1540
E. Gläubiger- und Schuldnerbegünstigung	1541
I. Gläubigerbegünstigung	1541
1. Objektiver Tatbestand	1541
2. Subjektiver Tatbestand; Irrtum	1543
3. Objektive Strafbarkeitsbedingung	1543
4. Täterkreis	1543
5. Versuch	1544
II. Schuldnerbegünstigung	1544
1. Tatbestand; Täterkreis	1545
2. Sonstiges	1546
F. Betrug	1547
I. Allgemeines	1547
II. Tatbestandsverwirklichung	1548
1. Täuschungshandlung	1548
2. Irrtum	1549
3. Vermögensverfügung	1549
4. Vermögensschaden	1549
5. Subjektiver Tatbestand; Vollendung	1551
III. Täterschaft	1552
G. Untreue	1552
I. Allgemeines	1552
II. Untreue in der Unternehmenskrise	1553
1. Täter	1553
2. Typische Tathandlungen	1554

3. Einwilligung und Weisungen	1555
4. Schaden	1556
5. Subjektiver Tatbestand	1558
H. Sonstige Insolvenzstraftaten	1559
I. Falsche Versicherung an Eides Statt	1559
II. Unterschlagung	1560
III. Kreditbetrug	1561
IV. Vorenthalten und Veruntreuen von Arbeitsentgelt	1562
1. Geschütztes Beitragsaufkommen	1562
2. Tathandlung	1563
3. Täterkreis	1565
4. Subjektiver Tatbestand	1565
V. Steuerhinterziehung	1566
I. Strafrechtliche Risiken der Sanierung	1567
I. Vorbemerkung	1567
II. Freie Sanierung	1567
III. Sanierung im Rahmen eines Insolvenzverfahrens	1569
1. Sanierung im eröffneten Insolvenzverfahren	1569
2. Sanierung im Rahmen von Insolvenzplan- und Schutz-	
schirmverfahren	1569
3. Sanierung im Sanierungs- und Restrukturierungsrahmen	
nach dem StaRUG	1570
4. Sanierung im Rahmen ausländischer Insolvenz- oder Sanie-	
rungsverfahren	1570
J. Firmenbestattung	1571
K. Der Insolvenzverwalter als Täter	1572
I. Verletzung von Pflichten	1573
1. Insolvenzrechtliche Pflichten	1573
2. Sonstige Pflichten	1573
II. Eigennützige Verwertung der Masse	1574
III. Straftaten bei Ausproduktion und übertragender Sanierung ...	1574
IV. Honorarmanipulationen	1575
L. Strafbarkeit von Beratern	1576
I. Buchführungsdelikte	1577
II. Gläubigerbegünstigung	1578
III. Betrug	1579
IV. Insolvenzverschleppung	1579
V. Sonstiges strafbares Verhalten	1580
M. Insolvenzstrafverfahren	1580
I. Die Vorgehensweise der Ermittlungsbehörde	1580
1. Einleitung von Ermittlungen; erste Schritte	1580
2. Durchsuchung und Beschlagnahme	1581
3. Bankermittlungen	1581
4. Einziehung	1582

5. Weitere Ermittlungen	1582
6. Adhäsionsverfahren	1583
7. Anfechtung der Zahlung von Geldstrafen und Geldauflagen	1583
II. Verhalten von Schuldner und Insolvenzverwalter	1583
1. Mitwirkung des Schuldners	1583
2. Verwendungsverbot von Angaben des Schuldners	1584
3. Zusammenarbeit zwischen Ermittlungsbehörde und Gutachter oder Insolvenzverwalter	1585
III. Rechtsschutz gegenüber Ermittlungsmaßnahmen	1587
1. Durchsuchung und Beschlagnahme	1587
2. Untersuchungshaft	1588
N. Vermeidung strafbaren Verhaltens	1589
I. Vorbemerkung	1589
II. Alphabetische Übersicht	1589

12. Teil. Internationales Insolvenzrecht

§ 38. Regelungsgegenstand und Rechtsquellen	1591
A. Regelungsgegenstand und Grundprinzipien	1592
I. Regelungsgegenstand	1592
II. Grundprinzipien	1593
III. Internationales Verfahrens- und Privatrecht	1593
B. Rechtsquellen	1594
I. Europäisches Insolvenzrecht	1594
1. Europäische Insolvenzverordnung	1594
2. Europäische Richtlinien	1599
II. Staatsverträge	1600
1. Österreich und Niederlande	1600
2. Schweiz	1600
III. Deutsches internationales Insolvenzrecht	1601
1. Übersicht	1601
2. Verhältnis zur EuInsVO	1601
C. UNCITRAL – Modellgesetze	1602
I. Inhalt	1602
II. Bedeutung	1603
§ 39. Insolvenzverfahren mit Auslandsbezug	1604
A. Deutsche Insolvenzverfahren	1609
I. Hauptinsolvenzverfahren	1609
1. Haupt- und Partikularverfahren	1609
2. Deutsche Gerichtsbarkeit	1609
3. Internationale Zuständigkeit deutscher Gerichte	1609
4. Anerkennung der Wirkungen des Insolvenzverfahrens im Ausland	1621

5. Veröffentlichung der Eröffnungsentscheidung, Registereintragung	1626
6. Insolvenzregister	1627
7. Anwendbares Recht	1627
8. Auslandsvermögen des Schuldners	1629
9. Abwicklung schwebender Verträge	1633
10. Aussonderung und Absonderung (dingliche Rechte Dritter)	1636
11. Aufrechnung	1639
12. Insolvenzanfechtung	1640
13. Insolvenzplan	1641
14. Restschuldbefreiung	1642
15. Rechtsstellung ausländischer Gläubiger	1642
16. Einschränkung der Einzelrechtsverfolgung im In- und Ausland	1645
II. Partikularverfahren	1647
1. Übersicht	1647
2. Zusicherung zur Vermeidung von Sekundärinsolvenzverfahren	1648
3. Zulässigkeit eines Partikularverfahrens	1650
4. Beschränkung der Verfahrenswirkungen auf das Inlandsvermögen	1655
5. Die Koordination von Haupt- und Sekundärinsolvenzverfahren	1656
B. Ausländische Verfahren mit Inlandsbezug	1663
I. Hauptverfahren	1663
1. Überblick	1663
2. Voraussetzungen und Grenzen der Anerkennung	1663
3. Gegenstand der Anerkennung	1667
4. Kein Anerkennungsverfahren, Vollstreckung	1667
5. Wirkungen im Inland	1668
II. Partikularverfahren	1674
1. Wirkungen im Inland?	1674
2. Zusicherung zur Vermeidung von Sekundärverfahren	1674
C. Konzerninsolvenzen	1675
I. Einführung	1675
1. Übersicht und Normzweck	1675
2. Wirtschaftlicher Hintergrund	1676
3. Weitere Lösungsansätze	1676
II. Anwendungsbereich	1677
1. Sachlicher Anwendungsbereich	1677
2. Räumlicher Anwendungsbereich	1677
III. Zusammenarbeit und Kommunikation	1678
1. Verwalter	1678
2. Gerichte	1681
3. Kosten	1682
4. Rechtsfolgen einer Pflichtverletzung	1682

IV. Gruppen-Koordinationsverfahren	1683
1. Überblick und Zweck	1683
2. Einleitung des Verfahrens	1683
3. Das eröffnete Koordinationsverfahren	1686

13. Teil. Insolvenz natürlicher Personen

§ 40. Verbraucherinsolvenz	1691
A. Einleitung	1692
B. Der persönliche Anwendungsbereich	1692
I. Absicht des Gesetzgebers	1692
II. Maßgeblicher Zeitpunkt	1692
III. Abgrenzung selbstständige – nichtselbstständige Tätigkeit	1693
IV. Zusatzvoraussetzungen für ehemals selbstständig Tätige	1693
1. Überschaubare Verhältnisse	1693
2. Keine Forderungen aus Arbeitsverhältnissen	1693
C. Antragsberechtigung	1694
I. Der Eigenantrag	1694
II. Der Fremdantrag	1694
III. Insolvenzantragspflicht	1694
D. Der Ablauf der Verbraucherinsolvenz	1694
I. Die außergerichtliche Schuldenbereinigung	1694
1. Gesetzliche Vorgaben	1695
2. Form des Plans	1695
3. Mitwirkung geeigneter Personen/Stellen – Qualität der Beratungsleistung	1695
4. Scheitern des außergerichtlichen Schuldenbereinigungsverfahrens	1696
5. Keine Schutzwirkung des außergerichtlichen Schuldenbereinigungsverfahrens	1696
6. Praktische Durchführung	1697
II. Die Antragstellung bei Gericht	1697
1. Formularzwang	1697
2. Die Anforderungen des § 305 Abs. 1 InsO und die entsprechenden Formulare	1698
III. Das „Zwischenverfahren“	1700
1. Vollständigkeit und Rücknahmefiktion	1700
2. Fortsetzung des Verfahrens	1701
IV. Die gerichtliche Schuldenbereinigung	1701
1. Abschriften des Schuldenbereinigungsplans	1701
2. Zustellung an die Gläubiger	1702
3. Abstimmung über den Schuldenbereinigungsplan	1702
4. Abänderung des Schuldenbereinigungsplanes	1703
5. Ersetzung der Zustimmung	1703

6. Wirkungen des angenommenen Schuldenbereinigungsplanes	1704
7. Planerfüllung	1704
V. Das weitere Insolvenzeröffnungsverfahren	1705
1. Allgemeines	1705
2. Recht auf Rücknahme des Insolvenzantrages	1705
3. Amtsermittlung und Wegfall des Rechtsschutzbedürfnisses	1705
VI. Die Verfahrenskostendeckung und die Stundung der Verfahrenskosten	1705
1. Kostenvorschuss (§ 26 Abs. 1 Satz 2 InsO)	1706
2. Verfahrenskostenstundung, § 4a InsO	1706
3. Umfang und Wirkung der Stundung	1707
4. Aufhebung der Stundung	1708
5. Rechtsmittel	1708
E. Der Eröffnungsbeschluss und das weitere Verfahren	1709
§ 41. Restschuldbefreiung	1709
A. Allgemeines	1711
I. Ziele der Insolvenzordnung	1711
II. Möglichkeiten zur gerichtlichen Schuldenbefreiung: Überblick	1711
1. Der Insolvenzplan (§§ 217 ff. InsO)	1711
2. Die Schuldenbereinigung im Rahmen der Verbraucherin- solvenz	1711
3. Die Restschuldbefreiung	1712
III. Welches Verfahren für welchen Personenkreis?	1712
1. Der Insolvenzplan	1712
2. Die Schuldenbereinigung im Rahmen der Verbraucherin- solvenz	1712
3. Die Restschuldbefreiung	1712
IV. Die Zuständigkeit innerhalb des Gerichts	1712
B. Der Antrag auf Restschuldbefreiung	1713
I. Personenkreis	1713
II. Antragserfordernis	1713
III. Erklärung nach § 287 Abs. 1 S. 3 InsO	1714
IV. Abtretung des pfändbaren Einkommens § 287 Abs. 2 InsO ...	1714
1. Abtretungserklärung	1714
2. Abtretungsfristen und Staffelregelung für vor dem 1.10.2020 beantragte Altverfahren	1714
3. Gegenstand der Abtretung	1714
4. Inhalt und Wirksamkeit der Abtretung	1715
5. Rechtsgeschäftliche Abtretungen oder Verpfändungen ...	1715
C. Die Eingangsentscheidung, § 287a InsO	1715
I. Zulässigkeitsprüfung	1715
II. Vorliegen von Versagungsgründen zum Zeitpunkt der Eingangsentscheidung	1716

D. Versagungsanträge bis zum Schlusstermin	1717
I. Anhörung der Gläubiger	1718
II. Versagungsanträge nach § 290 Abs. 1 InsO	1718
III. Entscheidung über vorliegende Versagungsanträge	1719
E. Wohlverhaltensperiode	1719
I. Beginn und Bedeutung der Wohlverhaltensphase	1719
II. Der Treuhänder	1720
1. Pflichtaufgaben (§ 292 Abs. 1 InsO)	1720
2. Fakultative Aufgaben (§ 292 Abs. 2 InsO)	1721
3. Haftung des Treuhänders	1721
4. Vergütung des Treuhänders	1721
5. Beginn/Ende des Amts	1721
6. Aufsicht des Insolvenzgerichts	1722
III. Verhalten und Obliegenheiten des Schuldners	1722
IV. Versagung der Restschuldbefreiung in der Wohlverhaltensphase	1724
1. Versagung wegen Verstoßes gegen Obliegenheiten, § 296 Abs. 1 InsO	1724
2. Versagung nach § 296 Abs. 2 S. 3 InsO	1725
3. Versagung wegen Verurteilung des Schuldners aufgrund einer Insolvenzstraftat, § 297 InsO	1726
4. Versagung wegen nachträglich bekannt gewordener Versagungsgründe des § 290 Abs. 1 InsO, § 297a InsO	1726
5. Versagung wegen fehlender Mindestvergütung, § 298 InsO	1727
F. Erteilung der Restschuldbefreiung	1727
1. Verfahren nach Ablauf der Regelfrist	1727
2. Verfahren bei Verkürzung der Wohlverhaltensperiode und vorzeitiger Restschuldbefreiung	1728
3. Verfahren bei Verkürzung der Wohlverhaltensperiode und vorzeitiger Restschuldbefreiung in Verfahren mit Antragstellung vor dem 1.10.2020	1728
4. Sonderfall Asymmetrische Verfahren: Fristablauf vor Aufhebung des Verfahrens	1729
5. Wirkung des Beschlusses zur Erteilung oder Versagung der Restschuldbefreiung	1730
G. Widerruf der Restschuldbefreiung	1731
I. Jahresfrist, § 303 Abs. 2 S. 1 InsO	1731
II. Gläubigerantrag	1731
III. Widerrufsgründe	1731
1. § 303 Abs. 1 Nr. 1 InsO	1731
2. § 303 Abs. 1 Nr. 2 InsO	1731
3. § 303 Abs. 1 Nr. 3 InsO	1731
IV. Entscheidung des Gerichts	1732
V. Rechtsfolge	1732

§ 42. Die Insolvenz des Freiberuflers	1732
A. Einleitung	1733
I. Begriff des Freiberuflers	1733
II. Häufige Insolvenzursachen	1733
B. Besondere Situation bei Freiberuflern	1734
C. Abgrenzung des Regel- vom Verbraucherinsolvenzverfahren	1735
D. Reichweite des Insolvenzbeschlages bei freiberuflicher Tätigkeit ...	1736
E. Fortführungsmöglichkeiten	1736
I. Fortführung durch Eigenverwaltung des Schuldners	1737
II. Fortführung durch Freigabe	1737
III. Einstweilige Fortführung der Praxis eines Freiberuflers	1741
F. Veräußerbarkeit der Freiberuflerpraxis	1741
G. Freiberufler und Insolvenzplan	1741
H. Berufsrechtliche Folgen einer Insolvenz	1742

14. Teil. Sonderverfahren

§ 43. Insolvenzplan	1745
A. Einleitung	1747
B. Praxisrelevanz des Insolvenzplans	1749
I. Statistik	1749
II. Ursachen der geringen Umsetzung von Insolvenzplänen	1749
III. Bedeutung des SanInsFoG für den Insolvenzplan	1750
C. Planinhalt (§§ 219–230 InsO)	1750
I. Darstellender Teil (§ 220 InsO)	1751
1. Allgemeines	1751
2. Gliederung	1752
3. Vergleichsrechnung	1752
4. Exkurs: Bewertungsverfahren zur Ableitung des Unternehmenswertes im Insolvenzplanszenario	1754
II. Gestaltender Teil (§§ 221 ff. InsO)	1759
1. Rechtsstellung der Beteiligten/Gruppenbildung	1759
2. Weitere Regelungen	1764
3. Aufbau des gestaltenden Teils	1765
D. Einzelne Planziele	1765
I. Der Sanierungsplan	1766
1. Ziel des Sanierungsplanes	1766
2. Arbeitsverträge	1767
3. Sanierungsgewinn	1767
4. Eingriff in die Gesellschafterstellung	1767

5. Umwandlung von Forderungen in Anteils- oder Mitgliedschaftsrechte (debt-equity-swap)	1768
6. Regelung von gruppeninternen Drittsicherheiten	1770
7. Sonstige gesellschaftsrechtliche Maßnahmen	1771
8. Kündigungsausschluss, § 225a Abs. 4 InsO	1771
9. Abfindung bei freiwilligem Austritt der Altgesellschafter (§ 225a Abs. 5 InsO)	1771
10. Aufbau des Sanierungsplanes	1772
II. Der Liquidationsplan mit übertragender Sanierung	1772
III. Der Liquidationsplan mit Ausproduktion	1772
IV. Sonstige Plangestaltungen	1773
E. Ablauf des Insolvenzplanverfahrens	1773
I. Initiativrechte (§ 218 Abs. 1 InsO)	1776
1. Vorlage durch den Schuldner	1776
2. Vorlage durch den (vorläufigen) Insolvenzverwalter	1777
3. Vorlage durch den Sachwalter	1778
4. Mitwirkung (§ 218 Abs. 3 InsO)	1778
II. Vorprüfung durch das Insolvenzgericht	1779
1. Amtsprüfung (§ 231 InsO)	1779
2. Stellungnahme (§ 232 InsO)	1780
3. Niederlegung (§ 234 InsO)	1780
III. Erörterungs- und Abstimmungstermin (§ 235 InsO)	1780
1. Erörterungstermin	1780
2. Abstimmungstermin	1781
IV. Zustimmung des Schuldners (§ 247 InsO)	1783
V. Planbestätigung (§§ 248 ff. InsO)	1784
1. Planbestätigung durch das Insolvenzgericht	1784
2. Minderheitenschutz	1784
F. Wirkungen des Insolvenzplans	1785
I. Rechtsänderungen (§§ 254–254b InsO)	1785
1. Rechtsstellungen der Beteiligten	1785
2. Willenserklärungen	1786
3. Gesellschaftsrechtliche Maßnahmen	1787
4. Verpflichtungserklärungen	1787
II. Weitere Wirkungen	1787
III. Vollstreckungstitel	1787
G. Der weitere Verfahrensablauf	1787
I. Aufhebung des Insolvenzverfahrens (§ 258 InsO)	1788
II. Überwachung (§§ 260 ff. InsO)	1788
1. Anordnung der Überwachung	1788
2. Aufgaben des Insolvenzverwalters/Sachwalters	1788
3. Aufhebung der Überwachung (§ 268 InsO)	1789
H. Erfolgsfaktoren für ein Insolvenzplanverfahren	1789
I. Überblick	1789
II. Erarbeitung eines klaren Zielbildes	1789

III. Identifizierung und Einbindung wesentlicher Stakeholder	1790
IV. Antizipieren von Planrisiken	1791
1. Keine ausreichenden Mehrheiten	1791
2. Antrag auf Versagen der Planbestätigung	1791
3. Rechtsmittel gegen Planbestätigung	1792
4. Nichteintritt von Planbedingungen	1792
I. Fallbeispiel	1793
1. Vorbemerkung	1793
2. Ausgangssituation im Fallbeispiel	1794
3. Sanierungsoptionen	1797
4. Lösung des Fallbeispiels	1800
§ 44. Die Eigenverwaltung	1808
A. Einführung	1810
I. Ziel der Eigenverwaltung	1810
II. ESUG	1811
III. SanInsFoG	1812
1. Gesetzesänderungen	1812
2. Zielsetzung	1813
B. Die vorläufige Eigenverwaltung	1813
I. Anordnungsvoraussetzungen	1813
1. Antrag auf Eröffnung eines Insolvenzverfahrens, §§ 13 ff. InsO	1813
2. Antrag gem. § 270a Abs. 1 InsO	1813
II. Anordnung der vorläufigen Eigenverwaltung	1820
1. Anordnungsvoraussetzungen	1820
2. Ablauf des vorläufigen Eigenverwaltungsverfahrens, § 270c InsO	1823
3. Ablehnung des Antrags durch das Gericht	1824
4. Die Aufhebung der vorläufigen Eigenverwaltung	1825
III. Das Schutzschirmverfahren, § 270d InsO	1826
1. Anordnungsvoraussetzungen	1827
2. Entscheidungen des Gerichts im Schutzschirmverfahren . . .	1833
3. Öffentliche Bekanntmachung und Rechtsmittel	1835
4. Die Aufhebung des Schutzschirmverfahrens	1836
C. Die Eigenverwaltung im eröffneten Verfahren	1838
I. Anordnung der Eigenverwaltung	1838
1. Begründung	1838
2. Öffentliche Bekanntmachung	1838
3. Rechtsmittel	1839
II. Die nachträgliche Anordnung der Eigenverwaltung, § 271 InsO	1839
III. Die Überleitung in die Regelinsolvenz, § 272 InsO	1840
1. Zwingende Aufhebungsgründe	1840
2. Entscheidung des Gerichts und Rechtsmittel	1841

D. Die Rechte und Pflichten der Organe in der Eigenverwaltung	1842
I. Der Schuldner	1842
1. Funktion und Rechtsstellung	1842
2. Kompetenzen im Verfahren	1843
3. Einschränkungen des Schuldners, §§ 275 bis 277 InsO	1845
4. Die Stellung des Schuldners im vorläufigen Verfahren	1846
II. Der Sachwalter	1849
1. Funktion und Rechtsstellung	1849
2. Aufgaben und Befugnisse	1850
3. Stellung des vorläufigen Sachwalters im Eröffnungsverfahren	1854
III. Die Organe der Gesellschaft	1855
1. Die geschäftsführenden Organe	1855
2. Die Überwachungsorgane, § 276a InsO	1855
E. Die Haftung der Beteiligten	1856
I. Der Schuldner	1856
II. Die Organe des Schuldners	1856
1. Die geschäftsführenden Organe	1856
2. Die Aufsichtsorgane	1857
3. Der Sanierungsberater	1857
III. Der (vorläufige) Sachwalter	1857
1. Haftung des Sachwalters nach Anordnung der Eigenverwaltung	1857
2. Haftung des vorläufigen Sachwalters im Eröffnungsverfahren	1858
F. Vergütung des (vorläufigen) Sachwalters	1858
§ 45. Besondere Vermögensmassen	1859
A. Insolvenzverfahren über das gemeinschaftlich verwaltete Gesamtgut	1859
I. Güterstand der Gütergemeinschaft	1859
II. Besonderheiten im Insolvenzverfahren über das gemeinschaftlich verwaltete Gesamtgut (§§ 333 f. InsO)	1860
III. Persönliche Haftung der Ehegatten	1861
B. Insolvenzverfahren über das Gesamtgut einer fortgesetzten Gütergemeinschaft	1862
I. Fortgesetzte Gütergemeinschaft	1862
II. Besonderheiten des Insolvenzverfahrens über das Gesamtgut der fortgesetzten Gütergemeinschaft, § 332 InsO	1862
III. Persönliche Haftung des überlebenden Ehegatten und der Abkömmlinge	1863
C. Insolvenzunfähige Vermögensmassen	1864

§ 46. Nachlassinsolvenz	1865
A. Allgemeines	1866
I. Sinn und Zweck des Nachlassinsolvenzverfahrens	1866
II. Verhältnis zur Erbeninsolvenz	1867
III. Der Tod des Schuldners während des Verfahrens	1867
IV. Beteiligte des Nachlassinsolvenzverfahrens	1868
1. Schuldner	1868
2. Insolvenzgläubiger	1869
B. Zulässigkeitsfragen	1869
I. Zuständigkeit	1869
1. International	1869
2. Örtlich	1870
3. Sachlich	1870
II. Antragsberechtigung	1870
III. Eigenverwaltung	1872
C. Insolvenzgründe	1872
I. Allgemeines	1872
II. Zahlungsunfähigkeit und drohende Zahlungsunfähigkeit	1872
III. Überschuldung	1873
D. Folgen der Verfahrenseröffnung	1873
I. Erbrechtliche Folgen	1873
1. Vermögenstrennung und Haftungsbeschränkung	1873
2. Konfusion und Konsolidation	1874
3. Aufrechnung	1874
4. Haftung und Aufwendungsersatz	1875
II. Insolvenzzrechtliche Folgen	1875
1. Verwaltungs- und Verfügungsbefugnis	1875
2. Insolvenzmasse	1876
3. Zwangsvollstreckung	1877
4. Insolvenzplan	1877
E. Nachlassspezifische Ansprüche der Insolvenzmasse	1878
I. Ansprüche aufgrund der bisherigen Nachlassverwaltung	1878
II. Ansprüche wegen Verletzung der Insolvenzantragspflicht	1879
III. Ansprüche aufgrund Insolvenzanfechtung	1881
1. Bezugsrechte für Versicherungsleistungen	1881
2. Beschränkung der Rückgewährpflicht	1882
3. Erfüllung von Pflichtteilsansprüchen, Vermächtnissen oder Auflagen	1882
F. Befriedigung der Nachlassverbindlichkeiten	1883
I. Masseverbindlichkeiten des § 324 Abs. 1 InsO	1883
II. Insolvenzforderungen im Rang des § 38 InsO	1884
III. Nachrangige Insolvenzforderungen	1885
IV. Besondere Verteilungsverbote	1885

G. Steuerliche Besonderheiten	1885
I. Allgemeines	1885
II. Verfahrensfragen	1886
1. Erklärungs- und Zahlungspflichten des Insolvenzverwalters	1886
2. Anrechnung von Abzugsbeträgen	1886
III. Einzelne Steuerarten	1886
1. Einkommensteuer	1886
2. Umsatzsteuer	1887
3. Grunderwerbsteuer	1887
4. Erbschaftsteuer	1888

15. Teil. Haftung der Beteiligten

§ 47. Haftung des (vorläufigen) Insolvenzverwalters	1889
A. Einführung und §§ 60, 61 InsO als Anspruchsgrundlagen	1891
B. § 60 InsO im Überblick	1892
I. Schutzbereich	1892
II. Persönlicher Anwendungsbereich (Haftender)	1892
III. Beteiligte (Geschädigte)	1893
1. Geschützter Personenkreis	1893
2. Einzel- und Gesamtschaden	1894
IV. Pflichtverletzung vs. Zweckmäßigkeit	1895
V. Verschulden	1896
1. Verschuldensmaßstab	1896
2. Haftung für das Verschulden Dritter	1898
3. Mitverschulden von Gläubigerorganen	1899
4. Mitverschulden des Geschädigten	1901
C. § 61 InsO im Überblick	1901
D. Gemeinsamkeiten von § 60 InsO und § 61 InsO	1901
I. Keine Subsidiarität der Haftung	1901
II. Haftung Zug-um-Zug	1902
III. Kausalität	1903
IV. Haftung auf das negative Interesse	1903
V. Verjährung	1903
VI. Geltendmachung des Schadens	1904
1. Gesamtschaden	1904
2. Einzelschaden	1907
3. Prozessuales	1908
E. Insolvenzspezifische Pflichten (Haftungsrisiken)	1909
I. Pflichtenkreis im Allgemeinen – Vorbemerkung	1909
II. Besonderheiten in der vorläufigen Verwaltung	1909
III. Feststellung und Inbesitznahme der Masse	1911
IV. Sicherung und Verwaltung der Masse	1912
1. Allgemeines	1912

2. Kontoführung, Wertmehrungsgebot und ungerechtfertigte Bereicherung	1913
V. Verwertung	1916
1. Allgemeine Anforderungen	1916
2. Rechtsentwicklungen vs. Erledigungsfristen	1918
3. Verwertungsverzicht und Freigabe	1918
VI. Umgang mit Aussonderungsgut und -rechten	1919
1. Einführung	1919
2. Inbesitznahme	1920
3. Feststellung des Aussonderungsrechts und Streitigkeiten ...	1920
4. Herausgabe (Aussonderung)	1922
5. Verwaltungs- und Obhutspflichten bis zur Herausgabe ...	1924
6. Nutzungsrechte bis zur Herausgabe	1924
VII. Umgang mit Absonderungsgut und -rechten	1926
1. Einführung	1926
2. Inbesitznahme von Absonderungsgut	1926
3. Feststellung des Absonderungsrechts und Streitigkeiten ...	1927
4. Verwertung des Absonderungsguts	1927
5. Besonderheit: Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	1929
6. Besonderheit: Verarbeitung, Vermischung und Vermengung (§ 172 Abs. 2 InsO)	1930
7. Erlösverteilung (§§ 170, 171 InsO)	1931
8. Absonderungsgläubiger in der Insolvenztabelle	1933
9. Verwaltungs- und Obhutspflichten bis zur Verwertung ...	1933
10. Nutzungsrechte bis zur Verwertung (§§ 169, 172 InsO) ...	1933
11. Besonderheiten der „kalten“ Zwangsverwaltung	1934
12. Freigabe von Absonderungsgut	1934
VIII. Begründung und Begleichung von Masseverbindlichkeiten/ Haftung	1935
1. Anwendungsbereich § 61 InsO	1935
2. Begründung einer Masseverbindlichkeit	1935
3. Exkulpation des Insolvenzverwalters und Abdingbarkeit der Haftung (§ 61 InsO)	1936
4. Haftung aus § 60 InsO	1937
5. Begleichung in der vorläufigen Verwaltung	1938
IX. Befriedigungsreihenfolge und Masseunzulänglichkeit	1939
1. Einführung	1939
2. Definition Masseunzulänglichkeit/Liquiditätsplanung ...	1939
3. Haftungsrechtlich relevanter Zeitpunkt/Befriedigungsreihenfolge	1940
4. Haftungsfälle Massearmut	1942
X. Dauerschuldverhältnisse und Wahlrechte (§§ 103 ff. InsO) ...	1943
1. Vorbemerkung und vorläufige Verwaltung	1943
2. Weitere Problemfelder bei Dauerschuldverhältnissen	1943
3. Die Ausübung von Wahlrechten	1944
XI. Aktive und passive Prozessführung/Vollstreckung	1945
1. Pflichtenkreis	1945

2. Verjährenlassen von Ansprüchen	1946
3. Perspektive Masse (Gesamtschaden)	1946
4. Perspektive Prozessgegner (Einzelschaden)	1947
XII. Rechnungslegungen und steuerliche Pflichten	1948
1. Insolvenzspezifische Rechnungslegung	1948
2. Handels- und steuerrechtliche Rechnungslegung	1948
3. Haftungsprobleme bei steuerlicher Veranlagung	1949
XIII. Erstellung und Überwachung des Insolvenzplanes	1950
1. Pflicht zur Prüfung der Insolvenzplanfähigkeit/Initiativrecht	1950
2. Finanzwirtschaftliche Beurteilung/gestaltender und darstellender Teil	1950
3. Aussetzung der Verwertung wegen Pflichtenkollision	1951
4. Vergleichsrechnung und Umgang mit Erwerbsinteressenten	1951
5. Umgang mit einem Schuldnerplan	1951
6. Planüberwachung	1952
XIV. Feststellung und Berichtigung der Insolvenzforderungen	1952
1. Aufforderung zur Anmeldung von Insolvenzforderungen ..	1952
2. Umgang mit Forderungsanmeldungen	1952
3. Verteilungen	1953
4. Haftungsfälle Sondermassen	1954
F. Haftung aus der Verletzung nichtinsolvenzspezifischer Pflichten ...	1954
I. Schuldrechtliche Haftung	1954
II. Haftung aus unerlaubter Handlung	1956
III. Arbeits- und Sozialrecht	1956
IV. Steuer- und Abgabenrecht	1957
§ 48. Haftung des (vorläufigen) Sachwalters in Eigenverwaltung	1958
A. Haftungsgefahren im Kontext Überwachung/Zustimmung	1958
B. Haftungsgefahren bei eigenen Aufgaben	1961
C. Besonderheiten bei Zuständigkeitswechsel	1962
§ 49. Haftung der Mitglieder des Gläubigerausschusses	1962
A. Einführung	1963
B. Fragen im zeitlichen Kontext	1963
C. Personeller Anwendungsbereich und Kollektivaufgaben	1964
D. Individualaufgaben: Überwachung und „Kassenprüfung“	1964
I. Einführung	1964
II. Unterstützung und Überwachung der Geschäftsführung	1965
III. Prüfung von Geldverkehr und -bestand	1966
IV. Maßnahmen	1968
V. Verschwiegenheit und Neutralität	1968
E. Internationale Zuständigkeit	1968

F. Verjährung	1969
G. Haftpflichtversicherung	1969
§ 50. Haftung des Insolvenzgerichts	1970
A. § 839 BGB iVm Art. 34 GG als Anspruchsgrundlage	1970
B. Tatbestandsmerkmale und Geltendmachung	1971
C. Mitverschulden und Entfallen des Anspruchs	1972
D. Amtspflichtverletzung	1973
I. Übersicht	1973
II. Auswahl, Bestellung und Entlassung des Insolvenzverwalters ..	1973
1. Ermessensentscheidung und Einschränkung des Ermessens ..	1973
2. Bestellung eines ungeeigneten Verwalters/unterlassene Ent-	
lassung	1974
III. Aufsicht über den Insolvenzverwalter	1975
IV. Sonstige Aufgaben des Insolvenzgerichts	1976

16. Teil. Vergütung der Beteiligten

§ 51. Die Vergütung der Verwalter	1977
A. Die Vergütung des Insolvenzverwalters	1978
I. Rechtsgrundlagen	1978
II. Berechnungsgrundlage = Wert der Insolvenzmasse	1979
1. Vergütungsberechnung auf Basis der Schlussrechnung	1979
2. Schätzwert bei vorzeitiger Beendigung	1980
3. Besonderheiten bei der Ermittlung des Wertes der Berech-	
nungsgrundlage	1981
III. Regelsatz, § 2 InsVV	1986
IV. Zuschläge und Abschläge, § 3 InsVV	1986
1. Zuschlagsgründe	1987
2. Abschlagsgründe	1988
3. Angemessenheit der Vergütung	1988
V. Mindestvergütung	1989
VI. Auslagen und Kosten; Umsatzsteuer	1989
1. Allgemeine Geschäftskosten des Verwalters	1989
2. Ersatz besonderer Kosten	1990
3. Haftpflichtversicherung des Verwalters	1990
4. Auslagenabrechnung	1991
5. Umsatzsteuer	1992
VII. Vorschuss auf Vergütung und Auslagen	1992
VIII. Vergütungsantrag und Abrechnung	1993
IX. Festsetzung durch das Insolvenzgericht; Rechtsmittel	1994
1. Zuständigkeit	1994
2. Anhörungen	1994

3. Festsetzung	1994
4. Rechtsmittel	1995
X. Nachtragsverteilung	1995
XI. Besonderheiten der Vergütung im eröffneten Verbraucherinsolvenzverfahren	1996
B. Die Vergütung des vorläufigen Insolvenzverwalters	1996
I. Entsprechende Anwendung der Vergütungsregelungen des Insolvenzverwalters für den vorläufigen Insolvenzverwalter ...	1996
II. Sondervergütung neben dem Insolvenzverwalter	1997
III. Berechnungsgrundlage des vorläufigen Insolvenzverwalters ...	1997
1. Basis des verwalteten und gesicherten Vermögens	1997
2. Wertermittlung	1998
3. Behandlung von Aus- und Absonderungsrechten	1998
4. Behandlung von Besitzgegenständen	1998
IV. Bruchteilsvergütung	1999
1. Regelbruchteil des vorläufigen Insolvenzverwalters	1999
2. Zu- und Abschläge beim vorläufigen Insolvenzverwalter ..	1999
3. Mindestvergütung des vorläufigen Insolvenzverwalters	2000
V. Auslagen und Umsatzsteuer	2000
VI. Auswirkungen auf die Vergütung des Insolvenzverwalters ...	2001
VII. Nachträgliche Abänderungen	2001
VIII. Sachverständigenvergütung des vorläufigen Verwalters	2002
IX. Kostenschuldner der Vergütung des vorläufigen Verwalters ...	2002
C. Die Vergütung des Sonderinsolvenzverwalters	2002
D. Die Vergütung des Sachwalters	2003
I. Regelvergütung des Sachwalters im eröffneten Insolvenzverfahren	2003
II. Zu- und Abschläge	2004
III. Verfahren	2004
E. Die Vergütung des vorläufigen Sachwalters	2004
 § 52. Die Vergütung der weiteren Beteiligten eines Insolvenzverfahrens	 2005
A. Die Vergütung der Gläubigerausschussmitglieder	2006
I. Rechtsgrundlage	2006
II. Stundensatzvergütung	2006
III. Festsetzung	2006
B. Die Vergütung des Treuhänders nach § 293 InsO	2007
I. Rechtsgrundlagen	2007
II. Berechnungsgrundlage in der Wohlverhaltensperiode	2007
III. Regelvergütung	2008
IV. Mindestvergütung	2008
V. Zu- und Abschläge in der Wohlverhaltensperiode	2008

VI. Zusatzvergütung für eine Obliegenheitsüberwachung	2008
VII. Festsetzung, Auslagen und Vorschüsse	2009
C. Die Vergütung des Sachverständigen	2009
I. Vergütung des isoliert beauftragten Sachverständigen	2009
II. Sachverständigenvergütung des vorläufigen Insolvenzverwalters und vorläufigen Sachwalters	2009
III. Vergütungsfestsetzung	2010
 17. Teil. Rechtsbehelfe im Insolvenzverfahren	
§ 53. Die Rechtsmittelzüge im Einzelnen	2011
A. Allgemeines zum Rechtsschutz	2011
B. Sofortige Beschwerde nach der Insolvenzordnung	2012
I. Abgrenzung von anderen Rechtsbehelfen und Rechtsmitteln ..	2012
II. Beschwerdefähige Entscheidungen	2012
III. Form und Frist der sofortigen Beschwerde	2017
IV. Rechtsmittel gegen Rechtspflegerentscheidungen	2020
V. Rechtsbeschwerde zum BGH	2021
Sachverzeichnis	2023